



Protokoll

24. und 25. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 4. Juli 2016, 18:00 Uhr bis 20:56 Uhr
Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Antrag 68/2016 des Stadtrates: Dammstrasse, Gesamtanierung Werkliegenschaft und neue Hauptsammelstelle, Genehmigung Baukredit
- 4 Antrag 61/2016 der Sekundarstufe Uster: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2015
- 5 Antrag 54/2016 des Stadtrates: NPM-Jahresbericht 2015
- 6 Antrag 60/2016 des Stadtrates: Jahresrechnung 2015
- 7 Kenntnisnahmen

Präsenz

Vorsitz	Hans Keel, Präsident Balthasar Thalmann, 1. Vizepräsident (TOP 5.2)
Protokoll	Daniel Reuter, Parlamentssekretär
Anwesend	32 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Werner Egli, Stadtpräsident Cla Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Entschuldigt	Rolf Denzler Patricio Frei Wolfgang Harder Thomas Wüthrich
Presse	Raphael Brunner, AvU Eva Künzle, AvU

Der Präsident begrüsst die Medienschaffenden sowie die Zuschauer auf der Tribüne, insbesondere Bürgerrechtsbewerbende.

Präsident Hans **Keel**: *Ganz besonders möchte ich die Klasse A3e vom Schulhaus Freiestrasse begrüßen. Die Projektstudie des Wirtschaftsforums Uster "Ein attraktives Zentrum für Uster" ist uns, dem Gemeinderat bestens bekannt. Herr Peter Bühler hat damals für seine Arbeit von der Bank Credit Suisse einen Geldpreis erhalten. Peter Bühler, ehemaliger Präsident des WFU, wollte wissen, was für ein Zentrum sich die Jugend von Uster wünscht. Einen Teil des Preisgeldes hat er für diese Aufgabe eingesetzt. Die Klasse A3e der Sekundarschule Freiestrasse hat die Aufgabe übernommen und ungefähr 700 Schüler von Uster zum Thema "Zentrum" befragt. Die vorliegende Broschüre ist das Resultat dieser Befragungen. Die Kosten für die Herstellung wurden aus diesem Preisgeld gedeckt. Die Firma Walder Werber hat die graphischen und kreativen Arbeiten kostenlos gemacht. Ich möchte allen, die zu diesem Resultat beigetragen haben, besonders den Schülern, für die grosse Arbeit herzlich danken.*

Es ist nicht nur für Herrn Bühler bzw. das WFU wichtig zu erfahren, was für Vorstellungen unsere Jugend von einem attraktiven Zentrum von Uster hat. Die Meinung der Jugend von Uster interessiert das Parlament ebenfalls. Sie sind diejenigen, die in Zukunft mit dem Zentrum leben werden. Ich möchte jetzt den Jugendlichen eine Plattform geben, damit sie heute hier im Parlament ihre Vorstellung äussern können. Wir hoffen, dass die Jugend von Uster mit Interesse den weiteren politischen Prozess, zu diesem Thema, verfolgt. Wenn wir heute Abend das Interesse bei den Schülern für die Demokratie und die politischen Prozesse wecken können, hat sich die verspätete Abnahme der Rechnung 2015 gelohnt.

Präsentation der Broschüre „Uster, auch eine Stadt für die Jungen – Auswertung der Umfrage“ (Schulhaus Freiestrasse) durch eine Schülerin und zwei Schüler. (Tischvorlage)

Herzlichen Dank für die kompetente und umfangreiche Arbeit. Wir haben eure Vorstellungen von einem "attraktiven Zentrum" zur Kenntnis genommen. Es ist nun an uns, eure Wünsche zu berücksichtigen und, wo es geht, diese umzusetzen.

Ich danke auch der Klasse A3e, den Verfassern dieser Broschüre, Peter Bühler und natürlich auch Claudia Bekier, die diesen Auftritt vor dem Gemeinderat erst ermöglicht hat. Ihr seid jetzt von Herrn Bühler zum Nachessen eingeladen. (Applaus)

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Parlamentssekretär.

Änderung Tagesordnung und Ersatzwahl einer Stimmenzählerin ad hoc

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt, aber Stimmenzähler Thomas Wüthrich (Grüne) kann heute nicht teilnehmen. Darum ist für die heutige Ratssitzung eine Ersatzwahl vorzunehmen. Der Präsident schlägt Meret Schneider (Grüne) vor.

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt. Der Präsident erklärt die Vorgeschlagene als gewählt.

Fraktionserklärung

Für die SP-Fraktion verliest Markus **Wanner** folgende Fraktionserklärung: *Die Ustermer Stimmberechtigten haben am 5. Juni 2016 mit einer guten Zweidrittelmehrheit Ja gesagt zum Gestaltungsplan Zeughausareal – das ist erfreulich.*

Weniger erfreulich ist, dass wir seit einem Monat auf konkrete Taten des Stadtrats für den Bau des neuen Kulturzentrums warten. In der Beantwortung auf eine parlamentarische Anfrage [549/2016] hat der Stadtrat gesagt, dass er vor der Abstimmung kostenrelevante Arbeiten noch nicht auslöse, aber schon Vorbereitungsarbeiten an die Hand nähme. Das ist soweit verständlich. Gemäss Stadtrat hätte im Frühjahr 2016 die Begleitgruppe für die Umsetzung der Phase 5 eingesetzt werden müssen. Die Einsetzung einer Begleitgruppe ist wohl keine kostenrelevante Arbeit, sondern wäre eine typische Vorbereitungsarbeit gewesen. Der Frühling ist vorbei und die Abstimmung ist durch, in zwei Wochen beginnen die Sommerferien – und wir warten immer noch auf die Einsetzung einer Begleitgruppe.

Warten können wir uns aber gar noch leisten, denn der Mietvertrag für das Central läuft bald aus, und das Dach des Stadthofsaals hält nicht ewig. Wir erwarten vom Stadtrat, dass er nun ernsthaft die Umsetzung der Phase 5 vorantreibt. Und wir freuen uns jetzt schon auf eine aktive Mitarbeit.

Persönliche Erklärung

Werner **Kessler** (BPU) verliest folgende Erklärung: *Wann erfolgt die Weisung des Stadtrates zur „Volksinitiative zur Erhaltung der Landschaft in Uster West (keine Strasse Uster West)“? Am 28. April 2016 wandte sich das Initiativkomitee der „Volksinitiative zur Erhaltung der Landschaft in Uster West (keine Strasse Uster West)“ an den Stadtrat mit der drängenden Frage, wann der Stadtrat die Initiative endlich dem Gemeinderat resp. dem Volk zur Beschlussfassung unterbreite, nachdem das Verwaltungsgericht die Initiative bereits am 21. Juli 2015, also vor einem Jahr, für gültig erklärt hat und unter anderem folgendes festhielt: „Da die dafür vorgesehene Frist von vier Monaten seit Einreichung der Initiative längst abgelaufen ist, hat der Stadtrat seinen Antrag dem Gemeinderat möglichst bald zu unterbreiten und dieser – da die dafür vorgesehene Frist von neun Monaten ab Einreichung der Initiative (§ 14 Abs. 1 GPR) ebenfalls längst verstrichen ist – beförderlich darüber zu entscheiden.“ Am 7. Dezember 2015 hat das Bundesgericht die Volksinitiative ebenfalls für gültig erklärt (Antrag 50/2015).*

Der Stadtrat hat am 25. Mai 2016 dem Komitee geantwortet, dass der Stadtrat den Vorwurf der Verzögerung als haltlos erachte. „Hier handelt es sich um Ordnungsfristen, welche aufgrund Ihres eingeschlagenen Rechtsmittelweges längst abgelaufen sind“. Wie wenn nicht der Stadtrat die Verzögerung durch seine Ungültigkeitserklärungen vor über drei Jahren verursacht hätte... Der Stadtrat erklärte in seinem Schreiben vom 25. Mai 2016 auch noch: „Der Stadtrat kommt der Aufforderung des Verwaltungsgerichtes nach und wird dem Gemeinderat vor den Sommerferien einen Antrag zur Behandlung der Initiative unterbreiten.“

Da die Sommerferien in Uster in zwei Wochen beginnen, sei her nochmals die Frage gestellt: Wann unterbreitet der Stadtrat dem Gemeinderat endlich die Initiative zur Beschlussfassung?

Falls nötig, werde ich diese Persönliche Erklärung inskünftig vor jeder Parlamentssitzung verlesen nach dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“, bis endlich die Initiative im Gemeinderat vorliegt.

1 Mitteilungen

Leider muss ich Ihnen mitteilen, dass Margrit Kübler-Häring, geboren am 10. Dezember 1935, am 18. Juni 2016 verstorben ist. Sie war von 1986 bis 1994 Mitglied des Gemeinderates und von 1992 bis 1994 auch Präsidentin der FDP-Fraktion. Der Ratspräsident hat den Gemeinderat von Uster an der Gedenkfeier vom 29. Juni 2016 vertreten. Wir entbieten der Trauerfamilie unser herzliches Beileid. Wir erheben uns zum Gedenken an die Verstorbene von unseren Plätzen.
Ich danke Ihnen.

Auf erneuten Antrag des Stadtrates hat die Geschäftsleitung mit Zirkularbeschluss vom 13. Juni 2016 die Frist für die Motion 571/2013, Einführung Jugendmotion, bis 30. September 2016 verlängern müssen (vergleiche Seite 567).

Auf Antrag des Stadtrates hat die Geschäftsleitung mit Zirkularbeschluss vom 20. Juni 2016 die Frist für Bericht und Antrag zum Postulat 538/2015, Kunststoffabfälle separat sammeln, bis 8. November 2016 verlängert (GRB 8.2.2016).

Der Stadtrat hat mit Zuschrift 69/2016 vom 31. Mai 2016 an den Gemeinderat die beiden Petitionen Dietenrain beantwortet (vergleiche Seite 469).

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 23. Sitzung des Gemeinderates vom 30. Mai 2016 ist rechtzeitig aufgelegt.

Ursula Räuftlin (Grünliberale) hat am 29. Juni 2016 folgende Änderung von Seite 617 beantragt:

Text bisher: Ursula **Räuftlin** (Grünliberale) verweist *auf aktualisierte Daten, die jährlich angepasst werden.*

Text neu: Ursula **Räuftlin** (Grünliberale) bezieht *sich auf die Aussage von Richard Sägesser bezüglich der ÖV-Güteklassen. Diese ÖV-Güteklassen sind im GIS-Server des Kantons ersichtlich. Diese Daten sind stets aktuell, denn sie werden jährlich aktualisiert (siehe Geometadaten des Geodaten-satzes ÖV-Güteklassen <http://www.geolion.zh.ch/geodatensatz/show?gdsid=69>).*

Das Protokoll gilt mit dieser Änderung im Sinne von Art. 53 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Antrag 68/2016 des Stadtrates: Dammstrasse, Gesamtsanierung Werkliegenschaft und neue Hauptsammelstelle, Genehmigung Baukredit

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) und für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert Giuseppe **Biacchi** (SVP): *Es ist ein teures und kompliziertes Sanierungsobjekt. Jedoch wird es nicht nur saniert, sondern um zwei Geschosse aufgestockt. Die Kosten dafür sind ein Investitionskredit von CHF 25'894'000 inkl. MWST (Kostenvoranschlag +/- 10%), davon sind CHF 3,5 Mio. für das Wohngebäude. Seit Beginn der Planung vor 3 Jahren haben sich die Kosten stark verteuert. Auch wurde uns bestätigt, dass die Beauftragten zu blauäugig waren. Die Hauptsammelstelle wird nicht erneuert, sondern nur auf Vordermann gebracht. Es könnten aber Fremdmieten der Stadt Uster eingespart werden von ungefähr Fr. 600'000 im Jahr. Die Erweiterung ist der Grund, weshalb der Stadtrat die Zustimmung des Gemeinderats und des Volks benötigt, denn die Sanierung allein gilt als gebundene Ausgabe, die in der Kompetenz der Exekutive liegt. Die KÖS hat den Antrag einstimmig angenommen.*

Der Investitionskredit von CHF 25'894'000 inkl. MWST dient zur Gesamtsanierung und Erweiterung der Werkliegenschaft. Der Komplex ist aus den 70er Jahren und wenn die Investitionen über Jahre gerechnet werden, die nicht ausgeführt wurden, mit 1 bis 2% berechnet, ist der Investitionskredit nachvollziehbar. Dies sind die CHF 10 Mio. für die Aufstockung der zwei neuen Geschosse. Der Rest der Summe sind gebundene Kosten.

Die Bauzeit wird ca. 5 Jahre dauern, wenn der Gemeinderat dem Antrag heute und die Bevölkerung von Uster im Herbst an der Urne zustimmt.

Die Hauptsammelstelle wird nicht erneuert, sondern nur die nötigsten Arbeiten werden ausgeführt. Die Sanierung der Auffahrtsrampe wird ab August 2016 ausgeführt, da aus Sicherheitsgründen nicht mehr zugewartet werden kann.

In der RPK wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Für die SP-Fraktion referiert Markus **Wanner** *Was soll man zu diesem Geschäft bloss sagen? Jahre-lange Verzögerung. Baumanagement und Kosten nicht im Griff. Nutzungskonzept nicht klar, Nutzungsänderungen während des Prozesses, neue Nutzungen aufgrund ZKB-Gebäude-Kauf unsicher. Gebäudeunterhalt jahrelang massiv vernachlässigt. Horrende Mehrkosten während der Sanierung möglich. Und das alles, bevor nur ein Franken verbaut worden ist.*

Unter solchen Voraussetzungen wäre es unsere Pflicht, dieses Geschäft ablehnen. Und das würden wir bei anderen Liegenschaften tun, doch voraussichtlich nicht bei der Liegenschaft Dammstrasse. Wenn ich alles aufzeigen möchte, was bisher schief lief, wo Unklarheiten, Unsicherheiten und Risiken bestehen, müsste ich eine Redezeitverlängerung beantragen. Das mache ich aber nicht. Ich konzentriere mich «nur» auf das Wesentliche.

Nutzung: Vom Regierungskluster mit dem Stadthaus II, wie dies vor noch nicht allzu langer Zeit in der Zentrumsplanung vorgesehen war, rückten wir mit der Aufstockung der Dammstrasse ab. An der Dammstrasse war ein Blaulichtstützpunkt inklusive Kantonspolizei geplant. Die Kantonspolizei zog sich zurück. Man musste eine neue Nutzung für die 1'000 m² suchen. Dies hat man nun gefunden, neu ziehen die Liegenschaften, die Gesundheit sowie das Betriebsamt in diese Liegenschaft. Und doch ist das Nutzungskonzept nicht klar. Glücklicherweise für die Stadt, unglücklicherweise für dieses Projekt konnte die Stadt die Liegenschaft der ZKB im Zentrum kaufen (Antrag 62/2016). Die Nutzung im ZKB-Gebäude ist zurzeit unklar, hätte aber ganz klar Einfluss auf das Gesamtnutzungskonzept der Stadtverwaltung und daher auch auf die Dammstrasse. Das negiert der Stadtrat. Dann kommt noch die Utere Farb dazu, da ist bei der Nutzung vermutlich auch wieder alles offen (Antrag 45/2015). Bei einer Investition von CHF 10 Mio. in die Aufstockung des Gebäudes versuchen wir, ein Gesamtnutzungskonzept über alle Standorte zu erkennen, es gelingt uns aber nicht. Bei so vielen offenen Punkten müsste man das Geschäft verschieben.

Kosten: Eine endlose Geschichte. Vor 3 Jahren wurde ein Projektierungskredit bewilligt (Antrag 170/2013). Die Geschichte des «Il Tetto» ist bekannt. Damals ging man von CHF 17.4 Mio. Gesamtkosten aus. Es wurde extra eine Reserve von CHF 1.5 Mio. für Unvorhergesehenes aufgrund des Gebäudezustandes berücksichtigt. Heute stimmen wir über einen Kredit von rund CHF 26 Mio. ab. Das ist eine Kostensteigerung von 47 %. Das dürfte in Uster ein Negativrekord sein. Das Projekt

ist zudem innerhalb von 3 Jahren um 3 Jahre verzögert. Dass man da ein ungutes Gefühl bekommt, scheint klar. Hat man da zu Beginn in der Investitionsplanung absichtlich zu tiefe Zahlen ausgewiesen, um das Projekt nicht zu gefährden? Die strategische Planung bei der Abteilung Bau hat hier versagt, anders sind solche Kostenexplosionen nicht erklärbar.

Noch ein Wort zum Zustand des Gebäudes: Bei der Begehung des Gebäudes habe ich mich über den Zustand geschämt. Wie kann eine Stadt ein Gebäude so verlottern lassen?! Nicht nur in den letzten Jahren, sondern schon viel länger. Da hat man viel zu wenig in den Gebäudeunterhalt investiert, jetzt bekommen wir die Quittung dafür. Der Stadtrat scheint da seine Pflichten betreffend Substanzerhalt vernachlässigt zu haben. Das müssen wir in den nächsten Jahren unbedingt korrigieren und mehr investieren.

Und jetzt? Was sollen wir tun? «Augen zu und durch» scheint das Motto zu sein. Ablehnen wollen wir das Geschäft nicht, die Sanierung ist dringend nötig. Wir können nur aufzeigen, was in der Planung alles schief lief in der Hoffnung, dass der Stadtrat nie mehr ein solches Projekt vorlegt.

Der Abteilungsvorsteher Finanzen, Stadtrat Cla **Famos**, nimmt Stellung: *Der allgemeine Zustand der Werkliegenschaft aus dem Jahr 1971 ist sanierungsbedürftig. Die gesamte Gebäudehülle ist ungedämmt, die Haustechnik komplett veraltet. Eine umfassende Altlastensanierung ist dringend notwendig. Viele bauliche Anpassungen müssen aber auch aufgrund der aktuellen Bauvorschriften und Normen vorgenommen werden.*

Der statische Zustand des Feuerwehrgebäudes lässt eine Erweiterung und Aufstockung zu. Eine Verdichtung an zentraler Lage erachtet der Stadtrat als sinnvoll.

Durch die Erweiterung und Aufstockung der Dammstrasse kann die Stadtverwaltung Uster, welche heute im Stadthaus und in anderen acht Objekten in Fremdmiete untergebracht ist, zukünftig an zwei Standorten konzentriert werden. Dadurch wird die direkte Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen erleichtert, verschiedene Synergien genutzt und der «service public» verbessert, indem dem Kunden an wenigen Anlaufstellen alle Bedürfnisse erfüllt werden können. An der Dammstrasse werden die «Blaulichtorganisationen» (Bevölkerungsschutz und Stadtpolizei) zusammengefasst.

Durch die Konzentration auf zwei städtische Standorte können die Fremdmieten beträchtlich reduziert werden (um Total Fr. 645'000.-/Jahr). Auch längerfristig können so die Raumbedürfnisse der städtischen Verwaltung abgedeckt werden.

Da alle Liegenschaften auf dem Areal sowohl architektonisch, betrieblich als auch haustechnisch miteinander verbunden sind, entschied man sich, die Planung und Ausführung gemeinsam mit der Energie Uster AG zu koordinieren. Die Sanierung wurde auch zum Anlass genommen, eine gegenseitige Entflechtung von Miete und Eigentum voranzutreiben und die heute komplexe Nutzungsverteilung zu lösen.

Beim Umbau und dem Neubauteil wird auf eine energetisch optimale und ökologische Lösung geachtet.

Da sich eine Vergrösserung der Altstoffsammelstelle vor Ort nicht realisieren liess, werden nun nur noch die dringendsten Sanierungsarbeiten ausgeführt. Mittelfristig wird die Altstoffsammelstelle an einen alternativen Standort verlagert werden.

Gegenüber dem Projektierungskredit sind die Kosten für den Sanierungsteil leider markant gestiegen. Die Gründe dafür sind folgende:

Mit der Zunahme des Detaillierungsgrades im Planungsprozess konnte wegen der Komplexität der Gesamtanlage das genaue Ausmass der Gebäudezustände erst Schritt für Schritt erfasst werden. Man ging ursprünglich davon aus, dass man die alte Bausubstanz partiell erhalten könnte. Durch das Baubewilligungsverfahren und der damit verbundenen energetischen Sanierungsaufforderung sowie Anpassungen an die aktuellen Normen von Brandschutz und Erdbebensicherheit wurden auch Flächen tangiert, welche ursprünglich nicht in diesem Ausmass vorgesehen waren.

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Walter **Meier** (EVP): *Die Werkliegenschaft an der Dammstrasse ist wirklich in die Jahre gekommen. Der Sanierungsbedarf ist ausgewiesen und wächst offenbar von Jahr zu Jahr, also: Dringend sanieren. Dies aber könnte der Stadtrat aus eigener Kompetenz (gebundene Kosten). Nun hat sich gezeigt, dass die Liegenschaft über dem Feuerwehrstützpunkt um zwei Geschosse erhöht werden kann. Mit dieser Flächenerweiterung der Büroräume könnte ein grosser Teil der Fremdmieten eingespart werden. Wir meinen, dass diese rund CHF 10 Mio. gut investiert sind und werden deshalb dem Antrag zustimmen resp. dem Stimmvolk*

empfehlen, der Vorlage zuzustimmen. Noch einige weitere Punkte:

Der Titel des Antrags ist irreführend; gibt es doch leider (noch) keine neue Sammelstelle. Die Sammelstelle an der Dammstrasse erfährt nur eine Pinselrenovation; einen Antrag für die neue Sammelstelle werden wir später behandeln.

Der Standort für die Feuerwehr ist gut und soll erhalten bleiben; mit der Sanierung kann die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften und der Brandschutznormen sichergestellt werden.

Weil das Gebäude der Stadt und der Energie Uster gemeinsam gehört; ist eine gemeinsame Sanierung der einzig richtige Weg.

Schade – wenn auch aus finanzieller Hinsicht verständlich – ist der Verzicht auf das Solardach, welches das ganze Gebäude überdeckt hätte. Dieser markante städtebauliche Akzent hätte der Energie Uster AG und der Energiestadt gut getan.

Für die FDP-Fraktion referiert Matthias **Bickel**: *Mit dem vorliegenden Projekt "Dammstrasse"*

kommt nun das dritte der Grossprojekte auf unsere Tische, welche die Stadt Uster die nächsten Jahre zu stemmen hat. Nach 45 Jahren im Dienst sind die Werkliegenschaft und die Altstoffsammelstelle sanierungsbedürftig – und dies teilweise akut, wie eine Besichtigung vor Ort zeigte.

Das Projekt ist eine Herausforderung – zum einen, weil die Stadt keine Erfahrung in Sanierungen dieser Grössenordnung hat, zum anderen ist das Projekt komplex, es bedeutet Arbeit am lebenden Organismus: Die Feuerwehr und die Energie Uster müssen als zwei hochtechnische, lebenswichtige Organisationen unserer Stadt während der ganzen Bauzeit funktionsfähig bleiben.

So drängt sich natürlich schnell die Frage auf, warum man nicht alles neu aufstellen will. Doch müssten bei einem Totalabriss erst einmal Ersatzbauten her und diesen Platz müsste man auch erst einmal haben, zumal der jetzige Standort für die Feuerwehr nach wie vor einer der besten ist, wie ihre Zeitmessungen stets zeigen. Ein Neubau käme unterm Strich also um einiges teurer zu stehen und einfacher wäre die ganze Abwicklung eben auch nicht.

Dennoch: Das jetzige Projekt kostet mit CHF 26 Mio. eine rechte Stange Geld, wovon zwar 60 % gebundene Kosten für die Sanierung sind, der Rest geht in die Neubauten. Letzteres ist schliesslich auch einer der grossen Pluspunkte: Technisch ist die Aufstockung für mehr Platz möglich und nachdem uns die Kantonspolizei mit ihrer Absage im Regen stehen liess, nehmen wir den neu geschaffenen Raum auch gerne entgegen und realisieren unser Stadthaus 2 dort, wo mit den Blaulichtorganisation und der Energie Uster eben schon zwei wichtige städtische Organisationen an zentraler Lage zu Hause sind.

So nehmen Stadt und Energie Uster auch die Planung und Durchführung dieses kombinierten Projekts miteinander in die Hand, was sehr zu begrüßen ist. Die beiden können damit auch die Entflechtung von Miete und Eigentum weiter vorantreiben. Die zukunftsweisende Tragweite des Projekts wird auf der politischen Seite zudem mit der Zweiervertretung des Stadtrats in der Baukommission unterstrichen – mit dem Stadtpräsidenten, Werner Egli, und dem zuständigen Stadtrat für Liegenschaften, Cla Famos.

Was uns hingegen stutzig gemacht hat, ist die massive Kostensteigerung aus der Zeit des Projektierungskredits bis hin zum Baukredit jetzt. Offenbar ist man nach den eingehenden Abklärungen zum Bauprojekt schlauer geworden – man darf das ja auch. So hoffen wir aber, dass wir nun alle schlau genug sind und die Stadt den Baukredit einhalten wird! Deshalb haben wir in den zuständigen Kommissionen auch den Wunsch deponiert, dass der Stadtrat uns vierteljährlich über den Verlauf der Planung und Ausführung wie auch der aktuellen Kosten berichten möge.

Zur Sanierung der Altstoffsammelstelle sind wir ebenfalls nicht ganz glücklich: Warum will die Stadt den Ort – zwar minimal – aber doch mit viel Geld für weitere zehn Betriebsjahre sanieren, wenn wir wissen, dass er seit Jahren zu klein ist und den betrieblichen Voraussetzungen nicht mehr genügt und die Stadt richtigerweise an einem neuen Standort arbeitet? Warum hat man das Projekt für einen neuen Standort nicht vor zehn Jahren in Angriff genommen?

Trotzdem stimmt die Fraktion der FDP. Die Liberalen dem Antrag zu und wünscht der Stadt und schliesslich uns allen gutes Gelingen für die kommenden fünf Jahre!

Paul **Stopper** (BPU): *Zum Werkhof: Der Werkhof braucht dringend eine Sanierung. Das ist unbestritten. Wenn man schon das Gebäude betrachtet, hat man das Gefühl, da werde im Winter mehr die Umgebung als das Gebäude geheizt. Die Energiebilanz dieses Billiggebäudes aus den 70er Jahren muss ganz schlecht sein. Zum Projekt selber sind aus unserer Sicht folgende Anmerkungen*

anzubringen: Bei der Wahl der Baumaterialien ist darauf zu achten, dass möglichst „herkömmliche Baustoffe“ gewählt werden, z. B. möglichst wenig Beton (nur für statisch unabdingbare Elemente), Fassaden und Innenwände möglichst mit Backsteinen (leichter, grössere Isolationswerte, es muss nicht alles in Isolierstoffe eingepackt werden, schallhemmender etc.). Die Baustoffe müssen gemäss § 239 Planungs- und Baugesetz (PBG) „einwandfrei entsorgt werden können“. Man denkt also schon an die nächsten Umbau-Generationen.

Weil die Erfahrungen aller Liegenschaftenbesitzer von Flachdachgebäuden dieselben sind, nämlich, dass sie während Jahren immer wieder zu teuren Reparaturen Anlass geben (perpetuum mobile für gewisse Firmen?), sollte für das neue Werkgebäude in Uster ein Steildach (Walmdach, Satteldach) etc. nachträglich geprüft werden. Vorteile: Sogenannte Kaltdächer (unbeheizt) sind beste, günstige Isolatoren. Damit können für die Dachstöcke einheimisches Holz verwendet werden. Estriche sind beliebte Abstellräume für Geräte etc., die nicht beheizt werden müssen.

Zur Werkstoffsammelstelle: Eine Sanierung derselben ist ebenfalls nötig. Sie ist aufgrund ihres Erfolges heute zu klein. Dass sie am heutigen Ort saniert wird, ist auch gut, denn dadurch gewinnt man genügend Zeit, um sich Gedanken über den zu wählenden Standort für eine grössere Sammelstelle zu machen. Im Hinblick auf die Forderung, dass die gesammelten Wertstoffe künftig mit der Bahn abtransportiert werden sollen und müssen, ist der heutige Standort goldrichtig. Die Bahnanlagen sind zu reaktivieren und der Güterverkehr auf der Schiene in Uster wieder zu beleben.

Präsident Hans **Keel** weist Paul Stopper darauf hin, dass er zur Sache zu sprechen habe.

Paul **Stopper** (BPU): *Alle reden von der Entlastung der Strassen vom LKW-Verkehr und von der Verlagerung des Güterverkehrs auf die Bahn. Dieselben aber machen stets das Gegenteil. Im Detail entscheiden sich eben die grossen Sprüche! Ich stimme der Vorlage zu.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Markus **Ehrensperger** (SVP): *Wieder liegt ein grosses Vorhaben vor uns auf dem Tisch. Wie auch schon bei anderen Projekten stiegen die Kosten seit der Startphase markant, was uns Sorge bereitet. Aber es ist vermutlich auch ein ständiges Abwägen, welcher Abklärungsaufwand zu welchem Zeitpunkt betrieben wird. Und wir haben auch zur Kenntnis genommen, dass es während der ganzen Zeit immer wieder beträchtliche Änderungen am Vorhaben gab, die den Planungsfortschritt wieder zurückwarfen.*

Dass nun ein stark gestiegener Sanierungsbedarf besteht, ist leider hinzunehmen. Generell kann ja gesagt werden, dass es durchaus die Norm ist, dass man gewisse Unterhaltsarbeiten aus finanzplanerischen Gründen auch mal aufschiebt. Wenn 45 Jahre lang nichts wirklich gemacht wird, ergibt sich halt irgendwann ein grosser Brocken. Den gilt es jetzt zu stemmen.

Das örtliche Konzentrieren der Stadtverwaltung macht Sinn. Und es ist natürlich positiv, wenn Mietkosten für Fremdobjekte eingespart werden können.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Sammelstelle nur aufgefrischt wird und hoffen, dass der neue Standort wiederum so gut zu erreichen ist. An dieser Stelle möchte ich noch ein Lob an die Mitarbeiter der Sammelstelle aussprechen, die machen eine super Arbeit!

Es wird sich dann zeigen, was am jetzigen Standort realisiert werden kann. Die SVP/EDU-Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

Jürg **Gösken** (parteilos) hat Fragen zur realistischen Projektentwicklung. *Die Kostenreserven sind anspruchsvoll. Ich bin ebenfalls für eine periodische Kostenkontrolle, wie sie von Matthias Bickel verlangt worden ist.*

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 31:0 Stimmen:

- 1. Zur Gesamtsanierung und Erweiterung der Werkliegenschaft und der Altstoffsammelstelle an der Dammstrasse wird ein Investitionskredit von 25 894 000 Franken inkl. MWST (Kostenvoranschlag +/- 10 %) bewilligt. Der Neubauanteil beträgt rund 10 Mio. Franken, der Rest sind gebundene Kosten.**
- 2. Für den vorgezogenen Planungsaufwand der Phase 4 «Ausschreibung» wird ein Kreditbetrag von 565 000 Franken inkl. MWST genehmigt. Dieser Kreditbetrag ist im Investitionskredit enthalten.**
- 3. Der Kredit wird der Urnenabstimmung unterbreitet.**
- 4. Mitteilung an den Stadtrat.**

4 Antrag 61/2016 der Sekundarstufe Uster: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2015

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) referiert Claudia **Wyssen** (SP): *Die Jahresrechnung der Sekundarstufe Uster (SSU) schliesst mit einem Aufwand von CHF 26,707 Millionen und einem Ertrag von CHF 24,880 Millionen. Das heisst, das Ergebnis ist um CHF 0.5 Mio. besser als budgetiert. Die Investitionsrechnung schliesst mit CHF 3.9 Mio. weniger als budgetiert. (Budget CHF 6.8 Mio./Jahresrechnung CHF 2.9 Mio.) Die Abweichung ist mit dem Schulhaus Weidli HPSU begründet. 2015 war ein „normales“ und unaufgeregtes Jahr. Im letzten Jahr wurden die Stellwerktests flächendeckend eingeführt. Die Einführung von Mischklassen hat sich bewährt und die angekommenen Flüchtlinge werden in der „SprInt-Klasse“ der BWS beschult, was sich sehr bewährt. SprInt steht für Sprache und Integration. Es konnte für 90 % von ihnen eine Anschlusslösung gefunden werden, was sehr beachtlich ist.*

In der Leistungsgruppe Unterricht konnten CHF 220'000 an Sachkosten eingespart werden. Bei den übrigen Angeboten haben allein die Schulgelder fürs Gymnasium den Aufwand um CHF 230'000 reduziert. Weiter gab es eine Kostenverschiebung der Aufwendungen für spur+ von der LG Übrige Angebote zu der LG Sonderpädagogik.

Der Erweiterungsbau Weidli ist auf Kurs.

In der Verwaltung und politischen Führung konnten CHF 171'000 eingespart werden. Dies durch weniger Beratungskosten, EDV-Aufwand und verminderten Verwaltungsaufwand.

Die KBK und die RPK haben die Jahresrechnung der Sekundarschule Uster behandelt und empfehlen dem Gemeinderat einstimmig, diese zu genehmigen.

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Walter **Meier** (EVP): *Die Finanzlage der Sekundarstufe Uster ist nach wie vor sehr gut. Diese muss einen Verlust von rund CHF 1.6 Mio. ausweisen – budgetiert waren CHF 2.3 Mio. Fast alle Leistungsgruppen haben weniger gebraucht als budgetiert. Trotzdem bleibt der Cashflow von CHF 419'000 klar unter den Erwartungen. Die Investitionen waren mit CHF 2,86 Mio. zwar deutlich tiefer als die geplanten CHF 6,8 Mio. Die Differenz rührt offenbar daher, dass beim Anbau der Schulanlage Weidli die Handwerker die Rechnungen nicht schon 2015 gestellt haben. Für die anstehenden Investitionen ist die Sek Uster jedoch gerüstet, das Eigenkapital ist nach wie vor sehr hoch.*

Für die SP-Fraktion referiert Markus **Wanner**: *Ich bin anderer Meinung als der Vorredner. Das könnte darum noch spannend werden. Wir betrachten die Rechnung 2015 der Sekundarstufe aus rein finanzpolitischer Sicht. Das Defizit von CHF 1,8 Mio. ist etwas besser ausgefallen als budgetiert. Doch dürfen wir dabei nicht vergessen, dass der Umsatz der Sekundarschule nur CHF 26,7 Mio. beträgt, d. h. das Defizit beträgt 7 % des Umsatzes, das ist doppelt so hoch wie in der politischen Gemeinde, und das ist definitiv zu viel.*

Alle Zeichen stehen auf «rot». Trotz eines ähnlich hohen Defizits im 2012 wurde auf 2013 der Steuerfuss aus immer noch unerklärlichen Gründen um 1 % gesenkt. Seither schreibt die Sekundarschule Defizite. Das Nettovermögen von über CHF 10 Mio. ist innert 4 Jahren auf CHF 4,7 Mio. gesunken. Ob die in der Finanzplanung aufgeführte Steuerfusserhöhung im 2017 um 1 % genügt, die zukünftigen Defizite auszugleichen und die nötigen Investitionen finanzieren zu können, ist mehr als fraglich. Wir sind gespannt auf den Voranschlag 2017.

Für die FDP-Fraktion referiert Richard **Sägesser**: *Der Jahresbericht und die Rechnung der SSU geben uns nur zu wenigen Bemerkungen Anlass. Und diese sind grossmehrheitlich positiv. Wir sind mit dem Jahresabschluss der SSU insgesamt zufrieden. Die SSU schliesst mit einem geringeren Defizit ab, als budgetiert, und liefert unter dem Strich beinahe eine Punktlandung. Das zeugt von einer guten Budgetdisziplin der SSU. Der Abbau des Eigenkapitals der SSU verläuft im vorhergesehenen Rahmen. Die in früheren Jahren aufgebauten Reserven werden für Investitionen verwendet. Das entspricht dem Zweck von Reserven.*

Uns allen ist das Projekt „Uster 1 %“ in Erinnerung. Auf sympathische Art präsentierten die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe einen Querschnitt durch die Ustermer Bevölkerung. Die Portraits gaben der Stadt ein Gesicht und ergaben ein aufschlussreiches Stimmungsbild. An dieser Stelle sei allen Schülerinnen und Schülern, den Beteiligten der SSU und der Stadt für diesen Sondereffort gedankt. Wüssten wir nicht alle, dass es noch ein langer Weg ist bis dahin, man könnte diese gute Zusammenarbeit mal schon fast als gelungenen Test für die Einheitsgemeinde betrachten. Aber da greifen wir etwas vor.

Ein Hinweis noch zur BWS: Auch die BWS macht offensichtlich einen guten Job, verfügt über die nötige Agilität, um sich in einem von verändernden Rahmenbedingungen und kurzfristigen Nachfrageränderungen geprägten Umfeld erfolgreich zu behaupten. Geringere Schülerzahlen als budgetiert führten aber zu Mindereinnahmen. Zugegeben, sie waren 2015 verkraftbar. Aber die SSU fängt solche Schwankungen auf und entlastet damit andere Gemeinden von diesem Risiko, die selber keine BWS führen. Das ist zwar gut für diese Gemeinden, je nach den Umständen nicht aber für die SSU und damit für uns Ustermer Steuerzahler und Steuerzahlerinnen. Die FDP-Fraktion behält diese Entwicklung weiterhin im Auge, wie wir es bereits mit unserer Anfrage 562/2016 zur Trägerschaft der Spezialschulen der SSU getan haben. Gleichzeitig sprechen wir uns auch für die Zukunft klar für eine attraktive BWS in Uster aus.

Wir stimmen dem Antrag der SSU zum Geschäftsbericht und zur Jahresrechnung 2015 zu.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 31:0 Stimmen:

- 1. Die Jahresrechnung 2015 der Sekundarstufe Uster wird genehmigt.**
- 2. Die Laufende Rechnung 2015 der Sekundarstufe Uster schliesst bei einem Aufwand von CHF 26'706'763.96 und einem Ertrag von CHF 24'879'489.66 mit einem Aufwandsüberschuss von CHF 1'827'274.30 ab.**
- 3. Der Aufwandsüberschuss der Laufenden Rechnung von CHF 1'827.274.30 wird dem Eigenkapital zugewiesen. Dieses reduziert sich per Ende Rechnungsjahr von CHF 26'228'372.54 auf CHF 24'401'098.24.**
- 4. Die Investitionsrechnung schliesst mit Netto-Investitionen im Verwaltungsvermögen von CHF 2'857'124.83 ab.**
- 5. Mitteilung an die Sekundarschulpflege Uster und den Bezirksrat.**

5 Antrag 54/2016 des Stadtrates: NPM-Jahresbericht 2015

Das Geschäft wird gemeinsam mit TOP 6, Antrag 60/2016, behandelt.

5.1 Allgemeine Diskussion Geschäftsfelder (GF) inklusive Investitionen

Für den Stadtrat nimmt der Abteilungsvorsteher Finanzen, Stadtrat Cla **Famos**, Stellung: *Die Jahresrechnung 2015 der Stadt Uster weist einen Aufwandüberschuss von CHF 7,2 Millionen aus. Das hohe Defizit ist vor allem auf tiefere Quellensteuern und tiefere Steuerauscheidungen zurückzuführen. Daneben konnten auch bei den Steuern Vorjahre die budgetierten Werte nicht erreicht werden. Positiv zu erwähnen sind die höheren Einnahmen bei den ordentlichen Steuern und den Grundstückgewinnsteuern.*

Generell: Die detaillierten Angaben zum Rechnungsergebnis 2015 können der Weisung Nr. 60 „Jahresrechnung 2015“ entnommen werden. Nochmals speziell hervorzuheben sind jedoch sicherlich die negativen Abweichungen bei den Steuereinnahmen. Der deutliche Rückgang bei den Quellensteuern ist vollständig auf den Arbeitsrückstand des kantonalen Steueramtes zurückzuführen. Bei den Steuerauscheidungen zeichnet für die Mindereinnahmen die Verschiebung der Steuereinschätzung einer juristischen Person verantwortlich.

Gute Budgetdisziplin der Abteilungen: Die positive Abweichung sämtlicher Geschäftsfelder beträgt bei den Globalkrediten CHF 1,4 Mio. und schliesst gesamthaft bei CHF 105,4 Mio. ab. Der bewilligte Globalkredit über alle Geschäftsfelder betrug CHF 106,9 Mio. Die unter der Verantwortung des Stadtrates liegenden Geschäftsfelder, respektive deren Globalkredite haben um CHF 0,6 Mio. besser abgeschlossen als budgetiert. Die Primarschule hat ihren Voranschlag 2015 um CHF 0,7 Mio., das Geschäftsfeld Sozialhilfe um CHF 0,2 Mio. unterschritten. Die Parlamentarischen Dienste haben ihren Globalkredit um CHF 54'000 überschritten.

Hohes Investitionsvolumen: Die Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen liegen mit CHF 22,7 Mio. nur auf den ersten Blick unter dem budgetierten Wert von CHF 32,4 Mio. Nimmt man nämlich die tatsächlich getätigten Ausgaben als Grundlage für die Berechnung, betrug die Realisierungsquote hohe 98 Prozent. Gemäss dem aktuellen Investitions- und Finanzplan (Voranschlag 2016) hat die Stadt Uster in den nächsten Jahren grosse Investitionen vor sich. Ein hohes geplantes Investitionsvolumen ist für eine prosperierende Stadt in der Grösse von Uster grundsätzlich als normal zu betrachten. Jedoch muss der Zeitpunkt der Realisierung der Investitionen geprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Damit kann sichergestellt werden, dass alle Investitionsvorhaben realistisch und finanzpolitisch verträglich budgetiert werden.

Cash Flow deckt Teil der Investitionen: Der Cash Flow HRM (Selbstfinanzierung Steuerhaushalt) betrug tiefe CHF 5,8 Mio. (Vorjahr CHF 10,1 Mio.). Da im Steuerhaushalt netto CHF 21,3 Mio. investiert wurden, hat das Nettovermögen Steuerhaushalt im 2015 um die Differenz von CHF 15,5 Mio. abgenommen und beträgt neu CHF 46,1 Mio.

Zusammenfassung 2015 und Ausblick 2016: Der hohe Aufwandüberschuss von CHF 7,2 Mio. liegt klar unter den Erwartungen. Positiv zu vermerken ist jedoch die hohe Ausgabendisziplin der Abteilungen, wie auch die Stabilisierung des Personal und des Sachaufwandes.

Die langfristigen Schulden haben im Berichtsjahr um CHF 20 Mio. zugenommen. Dank dem Tiefzinsniveau konnte das Darlehen zu sehr günstigen Konditionen aufgenommen werden. Für die nächsten Jahre muss aufgrund der hohen geplanten Investitionen von einer deutlich höheren Verschuldung und von einem schnellen Abbau des Nettovermögens bzw. das Abgleiten in eine Nettoschuld ausgegangen werden.

In der Regel folgen jedoch auf Jahre mit hohen Investitionen, Jahre mit tiefen Investitionen. Damit die Stadt auch in Zukunft über einen gesunden Finanzhaushalt mit einer soliden Eigenkapitalbasis und einem respektablem Nettovermögen verfügt, ist es deshalb zentral, dass die anstehenden und geplanten Investitionsvorhaben der nächsten Jahre wiederum kritisch geprüft und priorisiert werden.

Für das laufende Geschäftsjahr 2016 geht der Stadtrat derzeit (Stand Ende Mai 2016), bei einem budgetierten Minus von CHF 1,3 Mio. von einem Ertragsüberschuss zwischen CHF 4 bis 5 Mio. aus.

Neben den deutlich höheren Steuererträgen fallen auch die tieferen Abschreibungen und der höhere Gewinnanteil der Zürcher Kantonalbank ins Gewicht. Daneben können voraussichtlich Rückstellungen zur Sanierung der BVK aufgelöst werden. Nach heutigem Erkenntnisstand werden die genehmigten Globalkredite der Geschäftsfelder im Total eingehalten.

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert Markus **Ehrensperger** (SVP): *Die RPK hat die Jahresrechnung und den NPM-Jahresbericht 2015 und die Rechnung 2015 der Sekundarstufe an der Sitzung vom letzten Montag besprochen.*

Die RPK ist erleichtert, dass sich das Zustandekommen des überraschend hohen Minus mit einer nachvollziehbaren Erklärung darlegen lässt. Dazu hofft die RPK doch, dass durch die Verzögerungen beim Kanton keine Verluste durch verjährte Steuerforderungen entstehen. Vielleicht wäre ein kurzer Hinweis an die RPK angebracht gewesen, als sich die Steuerverspätungen abzuzeichnen begannen. Die mehrheitliche Einhaltung der Budgetvorgaben wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die finanztechnische Prüfung der Jahresrechnung erfolgte wiederum durch die BDO. Die Revision ergab ein gutes Gesamtergebnis, es wurden nur einige kleinere Empfehlungen ausgesprochen.

Die RPK kümmerte sich danach um die finanzpolitische Prüfung. Hier darf angemerkt werden, dass durch NPM und Globalbudgets der Auf- und Einsicht durch die RPK gewisse Limiten gesetzt werden. Bei der Belegprüfung suchen wir dann faktisch das Haar in der Suppe und sind der Verwaltung dankbar, dass unsere Anfragen und Anregungen dazu ernst genommen und erklärend beantwortet werden. Wenn ich an dieser Stelle einen Wunsch der RPK anbringen darf: Wir bitten darum, dass die Belege immer mit aussagekräftigen Stichworten versehen werden und bei Abrechnungen von Anlässen und Klausuren der Personenkreis bezeichnet wird. Was verwaltungsintern vielleicht völlig klar ist, ist für die RPK manchmal nur ein grosses Fragezeichen.

Nennenswerte Beanstandungen hat die RPK für die Rechnung 2015 nicht. Die RPK wird daher keine eigenen Referate zu einzelnen Geschäftsfeldern halten. Wo nötig, wird der jeweilige Sprecher der Sachkommission eine Bemerkung einfließen lassen.

Die RPK hat der Jahresrechnung 2015 und dem NPM-Jahresbericht einstimmig zugestimmt.

Eine Empfehlung möchte die RPK im Generellen aber noch aussprechen: Wenn der Gemeinderat für eine bestimmte, wiederkehrende Aufgabe einen Kredit spricht, dann erachtet es die RPK als nicht korrekt, wenn der Stadtrat aus eigener Kompetenz die finanziellen Mittel für diese Aufgabe jahrelang noch aufstockt. Das widerspricht dem Willen der Legislative und auch dem Kreditrecht der Gemeindefinanzen. In solchen Fällen ist zügig eine Neukonzeptionierung mit einem neuen Antrag vorzulegen, oder die Aufgabe hat mit den bewusst zur Verfügung stehenden Mitteln zu erfolgen. Und zum Schluss möchte ich im Namen der RPK allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Uster für ihre Arbeit danken.

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Walter **Meier** (EVP): *Die Jahresrechnung der Stadt Uster schliesst massiv schlechter ab als budgetiert. Dabei muss berücksichtigt werden:*

Die Geschäftsfelder haben ihre Globalkredite im Griff. Sie haben rund 1,4 Mio. weniger ausgegeben als vom Parlament bewilligt. Das Wachstum beim Personal- und Sachaufwand konnte gestoppt werden. Die grossen Abweichungen konnten weder vom Stadtrat noch vom Gemeinderat beeinflusst werden (Steuern -6 Mio., Abschreibungen -1 Mio., Gewinnanteil ZKB -0.7 Mio.).

Von den grossen Investitionsbrocken hat das Volk bereits das Hallenbad und das Schulhaus Krämeracker bewilligt; die Abstimmung über die Sanierung der Liegenschaft Dammstrasse wird auch noch in diesem Jahr erfolgen. Nach dem Ja zum Gestaltungsplan Zeughausareal kann sich der Stadtrat nun dem Ersatz des Stadthofsaals usw. widmen. Die durchschnittlichen Investitionen werden in den nächsten Jahren deutlich über CHF 20 Mio. pro Jahr liegen und damit eigentlich über dem „vertretbaren“ Mass.

Trotzdem: Die langfristige Verschuldung wurde in den letzten 15 Jahren abgebaut; mit den anstehenden Investitionen geht diese wieder nach oben. Hier müssen wir im Auge behalten, das „AAA-Ranking“ bei der Kreditwürdigkeit nicht zu verlieren. Aber davon sind wir im Moment noch weit weg.

Die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion stimmt der Jahresrechnung und dem NPM-Jahresbericht zu. Wir sind uns bewusst, dass die Finanzlage der Stadt Uster auch in den nächsten Jahren angespannt bleiben wird. Dies behalten wir im Auge.

Für die FDP-Fraktion referiert Richard **Sägesser**: *Bei der Jahresrechnung der Stadt springt einem das grosse Defizit von CHF 7.2 Mio. der Stadt sofort in die Augen. Diese Grössenordnung ist man sich in Uster nicht gewohnt, entspricht der Aufwandüberschuss doch 3 % des Budgets von CHF 235 Mio. Der massiv schlechtere Rechnungsabschluss gründet hauptsächlich auf zwei Sondereffekten und ist weniger von struktureller Natur, weshalb wir damit leben können: Zum einen ist das kantonale Steueramt mit der Auszahlung der Quellensteuer im Rückstand, zum anderen trägt eine verschobene Steuereinschätzung erst im laufenden Jahr zu den entsprechenden Einnahmen. Es ist stossend, dass der Kanton sich diesen Ausfall bei den Quellensteuern leistet und den Gemeinden finanzielle Ausfälle wie einen gehörigen Mehraufwand generiert! Ich hoffe, dass sich auch die Ustermer Vertreterinnen und Vertreter im Kantonsrat hier versuchen, Gegensteuer zugunsten der Gemeinden zu geben.*

Erfreulich ist ferner die Zunahme der einfachen Staatssteuer um gut 2 %, was auf eine erstarkte Wirtschaftsleistung zurückzuführen ist. Die Grundstückgewinnsteuer hat ebenfalls mehr verbucht und geholfen, das Defizit zu verringern.

Der Fraktion bereitet der Umstand weiterhin Sorgen, dass die Stadt ihre Steuereinnahmen zu optimistisch einschätzt. Diesen Ansatz muss der Stadtrat für die Zukunft korrigieren, der Budgetprozess 2017 bietet die Gelegenheit dazu!

Zu berücksichtigen ist ferner, dass in der vorgelegten Rechnung erneut ausserordentliche Abschreibungen von CHF 5 Mio. enthalten sind. Diese sind gewissermassen freiwillig und entlasten die laufende Rechnung der kommenden Jahre.

Die gute Budgetdisziplin der Abteilungen hat geholfen, das Defizit in Schach zu halten.

Lobend zu erwähnen ist die Stabilisierung der Ausgaben auf das Niveau von 2014: Die stetige Kostensteigerung der vergangenen Jahre ist vorerst gestoppt, die Kosten pro Einwohner sind gegenüber dem Vorjahr sogar um 1.8 % gesunken. Wir hoffen sehr, dass die Plafonierung des Aufwands gegenüber dem Vorjahr nicht ein einmalige Erscheinung, sondern ein Trend ist. Zu beachten ist aber, dass nicht nur der absolute Personalaufwand der Stadt Uster mit rund CHF 2'700 pro Einwohner, sondern auch die Zunahme des Personalaufwands in den letzten Jahren klar über dem kantonalen Durchschnitt liegen. Wir erwarten hier vom Stadtrat, dass die Leistungsüberprüfung entsprechend selbstkritisch ausfällt. Nach wie vor fehlt uns ein Überblick über das Zwischenergebnis der Überprüfung und die daraus resultierenden Massnahmen. Mehr Transparenz wäre hilfreich. Diese Kostenentwicklung werden wir sicher weiter im Auge behalten.

Die FDP-Fraktion stimmt den Anträgen des Stadtrats zum NPM-Jahresbericht 2015 und zur Jahresrechnung 2015 zu.

Für die Grüne-Fraktion referiert Meret **Schneider**: *Die Schuldenentwicklung ist beängstigend. In nur zwei Jahren stiegen die Schulden um 125 % an, das ist mehr als eine Verdoppelung der Schuldenlast! Und so soll es nach dem Willen des Stadtrates munter weitergehen. Statt – wie in den eigenen finanzpolitischen Zielen festgehalten – pro Einwohnerin und Einwohner ein Nettovermögen von +/-1'500 Franken auszuweisen, rasen wir in eine Nettoverschuldung. Darum bin ich gegenüber dem Vorredner beunruhigt. Dass angesichts der tiefen Zinsen eine Verschuldung akzeptabel ist, wie es der Stadtrat erwähnt, mag auf den ersten Blick einleuchtend sein – langfristig burden wir die Kosten von heute aber einfach kommenden Generationen auf.*

Uster steht finanzpolitisch nicht so rosig da, wie es uns der Stadtrat glauben machen will. Er gibt selber zu, dass der Selbstfinanzierungsgrad mit 27 % sehr tief ist. Da ging die Exekutive in der Vergangenheit von deutlich höheren Werten aus.

Der Wertverlust bei der Strassen-Infrastruktur betrug 2015 fast eine Million Franken. Stattdessen war die Vorgabe klar, die Wertverluste der vorangegangenen Jahre sollten endlich ausgeglichen werden. Was geschieht, wenn wir das nicht tun, sehen wir bei Projekten wie der „Dammstrasse“.

Einsparungen beim Personal erkaufte sich der Stadtrat mit der zunehmenden Anstellung von temporären Arbeitskräften. Eine Entwicklung, die die Grünen nicht akzeptieren. Die Stadt muss eine verlässliche Arbeitgeberin sein. Mit der genannten Entwicklung gerät die Stadt selber ins Fahrwasser des trendigen, aber nichtsdestotrotz falschen „hire and fire“.

Auch im Bereich Soziale Sicherheit sind zunehmend mehr Mittel notwendig. Sowohl bei Invaliden wie bei Betagten steigen die Kosten pro Fall. Und es mutet schon fast makaber an, dass der Stadtrat Aufwandsteigerungen im Sozialbereich mit „im Vergleich zu den Vorjahren tiefen Anzahl Todes-

fälle" begründet, eine Tendenz, die in einer immer älter werdenden Gesellschaft vorauszusehen ist und vermutlich anhalten wird. Das Thema der Überalterung der Gesellschaft, und ich verwende dieses Wort nur mangels einer Alternative – was soll eigentlich das „Über“ in Überalterung? – und deren Folgekosten muss unbedingt auch finanzpolitisch angegangen werden und in Budgetüberlegungen einfließen. Dabei sollte es gerade Uster als Gesundheitsstadt eigentlich begrüßen, wenn die Menschen länger leben, auch wenn damit Mehrkosten verbunden sind.

Etwas Positives soll jedoch auch vermerkt werden. Neu hat der Stadtrat im NPM-Bericht eine Rubrik "Velostadt Uster" eingeführt, in der Verbesserungen im Bereich Veloverkehr dargelegt werden. Ein Hoffnungsschimmer für die zahlreichen Velofahrenden in Uster und ein Grund zur Freude für uns Grüne.

Nüchternes Fazit: Erneut hat es die Stadt Uster verpasst, die eigene finanzielle Situation zu stärken und fährt ein weiteres Defizit von über CHF 7 Millionen ein. Tendenziell verschlechtern sich die Jahresergebnisse seit 2008, während die Verschuldung in den letzten beiden Jahren rasant zunimmt. Ständig zu optimistisch eingeschätzte Steuereinnahmen und ein sehr tiefer Selbstfinanzierungsgrad lassen für die Zukunft nichts Gutes erwarten. Es zeigt sich je länger je mehr, dass die stadträtliche Tief-Steuer-Strategie definitiv nicht nachhaltig ist. Wir stimmen den Anträgen zu, werden aber die weitere Strategie des Stadtrates aufmerksam verfolgen.

Für die SP-Fraktion referiert Markus **Wanner**: Die Rechnung schliesst mit einem rekordhohen Defizit von CHF 7,2 Mio. deutlich schlechter ab, als budgetiert. Würde man noch das Defizit der Sekundarschule Uster dazu nehmen, bewegen wir uns nahe an der CHF 10 Mio. Grenze. In Steuerprozenten ausgedrückt sind das 10 Steuerprozent.

Das grosse Minus ist nicht das Resultat einer zu ausgabenfreudigen Verwaltung. Diese hat mit grosser Budgetdisziplin zu tun, denn die Globalkredite, die notabene gegenüber dem Vorjahr teilweise gekürzt worden waren, wurden eingehalten. Kompliment!

Das Problem ist eindeutig auf der Einnahmeseite. Der Stadtrat hat die Steuereinnahmen letztes Jahre schlicht zu hoch budgetiert. Dies wohl mit dem Ziel, das Defizit auf vermeintlich erträgliche CHF 2,5 Mio. zu reduzieren und damit eine Steuerfussanpassung zu verhindern.

Bei einem Defizit von über CHF 7 Mio. muss man zwingend einen Blick in die Zukunft werfen. Wie geht es weiter? War das tatsächlich einmalig? Welche Prognosen gibt es?

Im Jahr 2015 haben wir wie erwähnt ein Defizit von CHF 7,2 Mio., im Voranschlag 2016 eines von CHF 1,1 Mio. und in den Folgejahren 2017-2019 fallen nochmals Defizite von CHF 10 Mio. an. Das ist recht viel.

Der Stadtrat hat ein Sparprogramm lanciert, um die Rechnung zu verbessern. Mit einem Abbauprogramm will er die Rechnung um CHF 5 Mio. verbessern. Dabei hat er auch Massnahmen wie die Abschaffung der Gemeindegewinnzuschüsse zu AHV/IV erwägt. Für die SP ein absolutes «no-go», das sie nötigenfalls mit einem Referendum bekämpfen wird. Auch Sparmassnahmen beim Personal lehnt die SP ab. Statt einseitig zu sparen, muss der Stadtrat endlich auch die Einnahmenseite in seine Strategie miteinbeziehen. Allein die Zurücknahme der drei Steuerfuss-Senkungen zwischen 2007 und 2012, welche die bürgerlichen Parteien durchgedrückt haben, würden das Defizit ausgleichen.

Zu erwarten ist auch, dass der Stadtrat, wie schon in der Vergangenheit, zu kurzfristigen und kurz-sichtigen Kürzungen bei den Investitionen greift. Doch diese Investitionen sind für die Zukunft der Stadt, für die Wohn- und Lebensqualität wichtig: Kürzungen bei den Investitionen in die Bildung, in ein Kulturzentrum, den Sport oder den Langsamverkehr stehen den Bedürfnissen der Ustermer Bevölkerung diametral entgegen.

Eine vorausschauende Finanzpolitik ist, wenn man sicherstellt, dass die mittelfristig anstehenden Investitionen finanziert werden können. Das wäre eine strategische, vernünftige Finanzpolitik, und zwar unabhängig, ob man im Rat rechts, in der Mitte oder links sitzt. Der Fehler der übereilten Steuerfuss-Senkung wurde gemacht. Es braucht nun Grösse, diesen Fehler zu korrigieren. Wir hoffen, dass dies der Stadtrat irgendwann auch einsehen wird, spätestens in 4 Monaten bei der Beratung des nächsten Budgets.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Markus **Ehrensperger** (SVP): Als im Dezember 2014 das Budget für 2015 besprochen wurde, wurde das geplante Minus von CHF 2.5 Mio mit einer Aussicht auf erhöhte Steuereinnahmen versüsst. Das hat sich ja offensichtlich nicht in allen Belangen bewahrheitet. Und wir hoffen doch sehr, dass es beim Erstellen des Budgets 2015 für den Stadtrat noch nicht ersichtlich war, dass die Steuereinschätzung einer grossen juristischen Person 2015 nicht

erfolgt und dass der Quellensteuer-Pendenzenberg beim Kanton auch 2015 liegen bleibt. Denn ein Budget mit einem Minus von über CHF 7 Mio wäre wohl etwas kritischer beäugt worden.

So ist es Ihnen allen wohl gleich wie uns ergangen und waren von der tiefroten Zahl bei der Bekanntgabe der Rechnung ziemlich überrascht.

Immerhin haben wir eine Erklärung dazu erhalten und dürfen hoffen, dass der Rückstand dieses Jahr wettgemacht wird. Wir sind froh, dass die Globalkredite eingehalten wurden und danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt für ihre Budgetdisziplin und sowieso für alles, was sie für unser Uster machen.

Allerdings darf ich jetzt noch ein ganz kleines Bisschen sticheln und behaupten, dass bei ständig steigenden Budgets deren Einhaltung eine gewisse Erleichterung erfährt. Umso wichtiger ist die laufende Leistungsüberprüfung. Das stetige Ausgabenwachstum muss doch irgendwie gestoppt und jede Ausgabe kritisch hinterfragt werden.

Die Stadt Uster kann und wird sich in diesen Jahren vieles leisten. Dafür haben wir gespart und das Vermögen wird planmässig dafür eingesetzt. Neben diesen Grossprojekten darf einfach nicht übersehen werden, dass das Geld auch im Kleinen scheinbar unaufhaltsam durch die Hände rinnt. Die SVP/EDU-Fraktion wird der Jahresrechnung und dem NPM-Bericht zustimmen.

5.2 Geschäftsbericht Gemeinderat

Der 1. Vizepräsident, Balthasar **Thalmann**, übernimmt für diesen Geschäftsbericht den Vorsitz.

Für die Geschäftsleitung (GL) referiert Hans **Keel** (SVP): *2015 wurden weniger Sachgeschäfte (Anträge des Stadtrats und der Sekundarschulpflege) als 2014 behandelt, deren Vorbereitungen in den Kommissionen waren aber aufwendiger, was zu entsprechend mehr Sitzungen der Kommissionen geführt hat. Bisher wurden die Sitzungen der Geschäftsleitung im NPM-Jahresbericht nicht ausgewiesen. Bei den Sozialleistungen kam es auch 2015 nochmals zu einer Korrektur, wie sie bereits am 29. Juni 2015 im Gemeinderat während den Beratungen zur Rechnung 2014 (Antrag 22/2015) erwähnt worden war. Die grösste Abweichung beim Aufwand erfolgte auf Grund diverser Rechtsmittelverfahren.*

Inzwischen ist eine neue Regelung der Zuständigkeiten von Gemeinderat und Stadtrat bei Rechtsmittelverfahren vereinbart worden. Diese sieht vor, dass Stellungnahmen gegen Gemeinderatsbeschlüsse durch den Stadtrat verfasst werden, wenn dieser Beschluss auf einem Antrag des Stadtrats beruht. Weicht der angefochtene Gemeinderatsbeschluss wesentlich vom Antrag des Stadtrats ab und hat sich dieser gegen die Änderung ausgesprochen, so wird die Geschäftsleitung die Vernehmlassung verfassen.

Das neue Ratsinformationssystem (RIS) befand sich per Ende 2015 bereits in der Schluss- und Testphase und konnte im April 2016 in Betrieb genommen werden.

5.3 Geschäftsbericht Stadtrat

GF Steuerung und Führung

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) referiert Mary **Rauber** (EVP) in Vertretung von Thomas Wüthrich (Grüne): *Die zahlreichen Fragen der KÖS wurden ausführlich beantwortet, so dass in der Kommissionssitzung kaum mehr Diskussionsbedarf bestand. Einige Bemerkungen.*

1. Massnahmen als Folge der Leistungsüberprüfung wurden schon in geringem Ausmass im Berichtsjahr umgesetzt und führten zu Einsparungen. Die Ergebnisse der Leistungsüberprüfung sowie die beschlossenen Massnahmen werden dem Gemeinderat vom Stadtrat zu gegebener Zeit kommuniziert. Aus Sicht des Stadtrates ist die Leistungsüberprüfung ein transparenter Prozess.

2. In der gesamten Stadtverwaltung werden über 160 verschiedene Softwares genutzt. Die Auswertung für die Indikatoren und der Kennzahlen erfolgt allerdings immer noch von Hand. Eine Soft-

ware, die das übernehmen könnte, würde rund CHF 200'000 kosten. Es erscheint der KÖS sinnvoll, dass auf die Anschaffung verzichtet wurde. In Bezug auf die Software erfuhr die KÖS, dass die Stadt bei den Kernprozessen bewusst auf Open-Source-Software verzichtet, weil bei der gängigen Software im Falle eines Updates immer auch veränderte rechtliche Rahmenbedingungen berücksichtigt, aufdatiert und integriert werden.

3. Rund ein Achtel bis ein Siebtel der Abstimmenden stimmt noch an der Urne ab. Da zudem der finanzielle Aufwand für das Aufstellen der Urnen pro Jahr kaum CHF 10'000 beträgt, werden auch in Zukunft Urnen aufgestellt werden.

4. Die Stadt investiert einiges in ihr Personal. So wurden im Berichtsjahr die Leitenden der GF und LG sowie Mitarbeitende mit Querschnittsfunktionen in einem mehrtägigen Kompetenztraining geschult. Auf der anderen Seite profitieren alle Mitarbeitenden direkt von Massnahmen im Bereich Gesundheit am Arbeitsplatz. Die Stadt ist offensichtlich bemüht, eine attraktive Arbeitgeberin zu sein.

5. Die Wirkungsprüfungen in der Leistungsgruppe (LG) Organisation und Controlling sowie in der LG Wahlen und Abstimmungen fielen uneingeschränkt positiv aus.

Die KÖS hat den NPM-Bericht zum GF Steuerung und Führung einstimmig genehmigt und empfiehlt dem Gemeinderat dessen Annahme.

GF Präsidiales

Für die KÖS referiert Hans **Denzler** (SVP): Die Fragen der KÖS wurden sachlich erklärt und beantwortet.

Das GF Präsidiales befindet sich im Umbruch und beinhaltet neu nur noch die Leistungsgruppen Standortförderung und Öffentlichkeitsarbeit. Es wurde eine Neugruppierung vorgenommen, die sich bewährt hat. Aus diesem Grund sind Vergleiche zum Jahr 2014 nicht überall möglich.

LG Standortförderung: Aktuell stehen zwei Bewerberinnen in der Schlussrunde. Die Einarbeitung des neuen Standortförderers erfolgt durch den Abteilungsleiter Präsidiales.

Herzkern: Im Jahr 2015 wurde Herzkern finanziell nicht unterstützt. Der Gemeinderat hat in der Budgetdebatte den entsprechenden Kredit nicht gesprochen. Allerdings verfügt Herzkern über finanzielle Mittel, die in früheren Jahren auch mit Beiträgen der Stadt geäufnet worden sind. Aus diesem Kredit wurde mit Entscheid des Abteilungsvorstehers eine Podestserie finanziert. Der Kostenanteil für die Stadt Uster betrug 15'000 CHF. Herzkern verfügt in der Stadtkasse über ein eigenes Konto.

LG Öffentlichkeitsarbeit: Ende 2015 wurde die Neugestaltung der „Website“ an die Hand genommen: Barrierefreiheit ist Teil des Stadtrat Beschlusses für das „Redesign“ und im Projektauftrag als Zielsetzung vermerkt. Mit den Ressourcen der Öffentlichkeitsarbeit kann die Stadt die wichtigsten Bedürfnisse bezüglich Kommunikation nach aussen und innen sowie Stadtmarketing abdecken. Es wurden 13 Projekte begleitet.

Die KÖS hat den NPM-Bericht zum GF Präsidiales einstimmig genehmigt und empfiehlt dem Gemeinderat dessen Annahme.

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Ivo **Koller** (BDP): Im Jahr 2009 startete der bislang letzte Wirtschaftsförderer seine Arbeit in unserer Stadt. Er tat dies bis Ende letzten Jahres. Ob er dies mit Erfolg tat oder nicht, vermag unsere Fraktion nicht abschliessend zu beurteilen, weshalb ich auch nicht darauf eingehe.

Dieter Günthard hatte diese Funktion also 7 Jahre inne. 7 Jahre ist nicht nichts, aber es sind eben auch nur 7 Jahre. Einem Mitarbeiter, welcher sieben Jahre für Uster arbeitete, soll ehrlich gedankt und die Wertschätzung für Geleistetes übermittelt werden und es darf ihm auch ein angemessenes Präsent überreicht werden. Beim Wirtschaftsförderer lief das ein bisschen exquisiter ab. Es wurde ein Abschiedsanlass initiiert, welcher die Stadtkasse mindestens CHF 5'500 kostete. Nun mögen die einen denken, was sind schon CHF 5'500 auf die Jahresrechnung gesehen, wenn man CHF 145'000 für eine Kreiselverschönerung ausgeben kann? Und ich kann Ihnen sagen, ja, Sie haben Recht, es ist ein kleiner, vernachlässigbarer Betrag. Aber trotzdem, erstens stört es uns, so viel Geld für einen abtretenden Mitarbeiter auszugeben und zweitens stört es uns vor allem, weil sich der Stadtrat bei

jeder Gelegenheit rühmt, sparsam mit den vorhandenen Mittel umzugehen und dies offensichtlich nicht immer der Fall ist. In Zeiten knapper finanzieller Mittel erachtet unsere Fraktion solche überflüssigen Ausgaben als unangebracht.

GF Kultur

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) referiert Ursula **Räuftlin** (Grünliberale): *Am 30. Mai 2016 fand die Besprechung der Geschäftsfeldes Kultur in der Subkommission, vertreten durch Barbara Keel und Ursula Räuftlin, mit dem Abteilungsleiter Präsidiales, Christian Zwinggi, und dem zuständigen Stadtrat, Stadtpräsident Werner Egli, statt. Am 13. Juni 2016 hat dann die gesamte KBK das Geschäftsfeld Kultur behandelt.*

Das GF Kultur beantragte für das Jahr 2015 einen Globalkredit über CHF 3.666 Mio. und erzielte ein Ergebnis von CHF 3.736 Mio., also eine Kostenüberschreitung von 1.9 %. Die Kostenüberschreitung resultierte in erster Linie aus höheren Kosten bei der Stadtbibliothek. Zum einen verzögerte sich die Einführung der neuen Gebührenordnung wegen diverser verwaltungsinterner Abklärungen und notwendigen Anpassungen an der Datenbank. Zudem fielen nicht budgetierte Kosten beim notwendigen Ersatz der Beleuchtung und dem „Gate“ an.

Die Ende 2014 unter www.usteragenda.ch aufgeschaltete neue Kulturagenda konnte sich erfolgreich etablieren, verzeichnete sie im 2015 doch doppelt so viele Kulturveranstaltungen wie angenommen. Auch die unterstützten Kulturveranstaltungen zogen insgesamt doppelt so viel Publikum an wie erwartet. Bei diesen beiden Werten handelt es sich um neue Indikatoren in der Leistungsgruppe Kultur.

Neben dem endlich zustande gekommenen neuen Leistungskontrakt mit dem „SwissJazzOrama“ konnten auch mit der Villa Grunholzer, dem Graphos und „zum Hut“ neue mehrjährige Leistungskontrakte abgeschlossen werden. In der LG Kultur wurden Förderbeiträge im Umfang von CHF 566'000 ausbezahlt. Darin inbegriffen sind kantonale Fördergelder in der Höhe von CHF 187'000 an die Kulturanbieter.

Die KGU hat im September 2015 die Bewirtschaftung des Bühnenbetriebes im Central übernommen. Diese zusätzliche Leistung des KGU wird von der Stadt Uster mit CHF 100'000 mitunterstützt. Da die KGU seit Mitte 2015 auch einen direkten Betriebsbeitrag des Kantons erhält, dürfen zukünftig keine indirekten Gelder mehr vom Kanton via Stadt Uster an den Central-Betrieb fliessen. Insgesamt wird deshalb das Central das Kulturbudget der Stadt Uster mehr belasten, weshalb Verhandlungen zwischen der Stadt Uster und dem Kanton in Gang sind.

In der LG Soziokultur sind die Nutzerzahlen der verschiedenen Angebote der offenen Kinder und Jugendarbeit (OKJA) weiterhin am Steigen. Weiter angestiegen sind auch die ausbezahlten Beiträge für die Vereinsförderung. Diese lagen im Jahr 2015 bei CHF 276'000. Ab dem Jahr 2016 ist nun dafür ein jährlich wiederkehrender Kredit von CHF 300'000 budgetiert. Die von den Vereinen gemeldeten Kinderzahlen werden auf ihre Anspruchsberechtigung überprüft. Bisher sind allerdings keine Indizien für einen Missbrauch dieser Mittel erkennbar. Bei den Kennzahlen auf Seite D/5 hat sich im Budget 2015 ein Fehler eingeschlichen, K03 „Total der Förderbeiträge“ beträgt nur CHF 967'000, womit auch die Abweichung nur minus CHF 6'000 beträgt.

In der LG Stadtbibliothek konnte im 2015 endlich der seit zwei Jahren hängige neue Bibliothekskontrakt mit dem Kanton für die Jahre 2016-2019 abgeschlossen werden. Der Kostendeckungsgrad konnte trotz der verzögerten Einführung der neuen Gebühren leicht gesteigert werden.

Das GF gab in der Kommission zu keinen weiteren inhaltlichen Diskussionen Anlass. Die KBK empfiehlt einstimmig die Annahme dieses Geschäftsfeldes.

GF Finanzen

Für die KÖS und für die RPK referiert Markus **Wanner** (SP): *Das Geschäftsfeld Finanzen beinhaltet nebst den Leistungsgruppen Finanzverwaltung und Informatik auch die LG Steuern. Die Einnahmen aus dem Finanzausgleich, den Steuern, dem Gewinnanteil ZKB und der Konzessionsabgabe der Energie Uster AG werden vom Geschäftsfeld Finanzen nicht direkt beeinflusst. Informationen zu den*

Steuern und zum Finanzausgleich sind in der der Jahresrechnung 2015 auf den Seiten A-4 bis A-10 detailliert dargestellt.

Mit einem Aufwandüberschuss von CHF 1'570'000 wurde der Globalkredit um CHF 352'000 unterschritten. Die Verbesserung des Resultats ist hauptsächlich auf einen einmaligen Buchgewinn zurückzuführen.

Seit über drei Jahren ist die KÖS mit dem Beitragswesen unzufrieden. Die Grundlagen für die Berechnung der Beiträge sowie die Prozesse sind nicht klar. So können Beiträge bei verschiedenen Geschäftsfeldern eingereicht werden, z. B. bei den Finanzen, beim Sport, beim Kulturellen oder beim Präsidialen. Es kann also durchaus vorkommen, dass ein abgelehntes Gesuch bei einem anderen Geschäftsfeld nochmals eingereicht und dann eventuell doch noch bewilligt wird. Eine Koordination oder eine Übersicht fehlt. Auch die Belegprüfung der RPK hat gezeigt, dass die Geschäftsfälle zum Teil nicht nachvollziehbar sind. Bei Vereinsjubiläen kann der Stadtrat einen Betrag bewilligen, ohne dass vorher ein schriftliches Gesuch eingereicht wurde. Eine Systematik über die Höhe eines Beitrages ist nicht immer ersichtlich. Die Grundlagen sind zum Teil unklar: Bei einer Auszahlung wird auf einen 33jährigen Beschluss aus dem Jahr 1983 verwiesen. Ebenfalls fällt auf, dass scheinbar nicht zwingend Beitragsgesuche nötig sind, der Stadtrat sehr frei entscheiden kann und zur Auszahlung manchmal eine Mail als Beleg genügt.

Die RPK empfiehlt, dass die Geschäftsfälle bei Beiträgen nachvollziehbar sind. Es braucht dazu ein Gesuch, einen Entscheid und einen Verweis auf die rechtliche Grundlage. Ein Controlling fehlt. Die Verantwortung für die Auszahlung von Beiträgen liegt neu beim GF Präsidiales. Wir erwarten vom GF Präsidiales eine Information, bis wann dieser Prozess bereinigt sein wird.

Im Rechnungsjahr 2015 wurde die Wirkungsprüfung in der Leistungsgruppe Informatik durchgeführt. Die Kennzahl K05 Kosten pro Arbeitsplatz eignet sich gut als Indikator und wird daher ab Voranschlag 2017 als Indikator «Kosten pro Arbeitsplatz (PC, Netzwerk, Standard-SW) geführt. Die KÖS und auch die RPK empfehlen einstimmig, den NPM-Jahresbericht des Geschäftsfelds Finanzen zu genehmigen.

GF Liegenschaften

Für die KÖS referiert Markus **Wanner** (SP): *Mit einem Ergebnis von CHF 6'474'000 wurde der Globalkredit um CHF 24'000 unterschritten. Mindererträge entstanden bei der LG Baumanagement, Mehrerträge bei der LG Schulliegenschaften.*

In der Leistungsgruppe Baumanagement bleibt der Indikator I03 „Unterhaltskosten in % der Gebäudeversicherungswerte der strategischen Gebäude“ einer der wichtigsten Indikatoren. Als allgemein anerkannter Standardwert gelten 2 % des Gebäudeversicherungswertes für den Substanzerhalt. Dieser Wert wurde mit 1.52 % nicht erreicht. Für einen substanziellen Werterhalt braucht es diese 2 %, das haben wir spätestens seit der Begehung der Liegenschaft Dammstrasse gesehen: Dort wurde die Gebäudesubstanz seit vielen Jahren sehr stark strapaziert. Dieser Wert sollte schnell wieder auf 2 % erhöht werden, sonst riskieren wir einen Substanzverlust und weitere Millionen-Sanierungen.

Die KÖS und die RPK empfehlen einstimmig, den NPM-Jahresbericht des Geschäftsfelds Liegenschaften zu genehmigen.

GF Infrastrukturbau und Unterhalt

Für die Kommission Planung und Bau (KPB) referiert Balthasar **Thalmann** (SP): *Über das Geschäftsfeld Infrastrukturbau und Unterhalt gibt es nur wenige Punkte, die hervorgehoben werden müssen:*

Für das Jahr 2015 haben wir für dieses Geschäftsfeld auch einen Globalkredit für die Investitionen gesprochen. Den rechnen wir nun ab. Auffallend ist, dass die Investitionen erheblich unterschritten wurden. Das hängt aber wesentlich damit zusammen, dass gut CHF 3 Millionen dem Investitionskonto gutgeschrieben wurden. Diese CHF 3 Millionen Beiträge von Privaten an das Vorhaben FUAG-Arealstrasse.

Der Ertrag aus den Leistungen der LG Infrastrukturmanagement wurde nicht budgetiert, aber dann doch in der laufenden Rechnung verbucht. So ergibt sich eine verbesserte Rechnung gegenüber dem Budget von CHF 170000.

Und dann noch dies: Wir haben im Gemeinderat vor Jahren mal einen Rahmenkredit für öffentliche Toiletten gesprochen: 3 Vorhaben sind noch offen. Bei der Schiffflände wartet man ab, wie es dort nun konkret weitergehen soll; bei Aaspitz ist das Bewilligungsverfahren heikel und beim Stadthaus stellt sich die Frage, ob es gerechtfertigt ist, hier einen separaten WC-Bau hinzustellen.

GF Stadtraum und Natur

Für die KPB referiert Markus **Ehrensperger** (SVP): *Die wichtigste Neuerung in diesem Geschäftsfeld ist der neue Stadtplaner. Patrick Neuhaus hat seine Arbeit aufgenommen und die Subkommission über seinen Start in Uster informiert.*

Bei den Finanzen scheinen die Leistungsgruppen das Budget gleich völlig verpasst zu haben. Die grossen Abweichungen lassen sich aber zumeist mit internen Umbuchungen erklären. Das Problem wurde erkannt und wird behoben, dies dauert aber sicher noch ein bis zwei Jahre.

Unvorhergesehene Mehrausgaben ergaben sich bei notwendigen Instandstellungen und Renovierungen, beispielsweise bei Spielplätzen und Grünanlagen allgemein. Bei den Investitionen ergaben sich Verzögerungen aufgrund von Rechtsmitteln und baulichen Schwierigkeiten.

Dem Geschäftsfeldbericht wurde in der KPB einstimmig zugestimmt.

GF Hochbau und Vermessung

Für die KPB referiert Markus **Ehrensperger** (SVP) in Vertretung von Rolf Denzler (SVP): *Generell war 2015 kein spektakuläres Geschäftsjahr. Der Globalkredit wurde wegen des Eingangs eines einmaligen (nicht geplanten) Staatsbeitrages unterschritten.*

Uster hat eine hohe Bautätigkeit – mit Tendenz anhaltend, d.h. man ist weiterhin auf externe Baubearbeitung angewiesen (externe Prüfung und Bearbeitung der Baugesuche/Baubewilligungen). In der LG Baubewilligungen und –beratung sind die Stellen besetzt.

Korrektur Kennzahl: Die Kennzahl K 02 (Seite I/5) Erledigte Baugesuche sub IST 14 ist falsch. Richtig: 228.

Die künftigen Herausforderungen für die LG Baubewilligungen und –beratungen werden die komplexen Baustelleninstallationen im Stadtzentrum sein (Spundwände/Rammen usw.). Das wird zunehmen.

Der Kostendeckungsgrad der Gebühren liegt bei 75 %.

Die Kommission hat den NPM-Jahresbericht GF Hochbau und Vermessung einstimmig gutgeheissen.

Pause von 19:50 Uhr bis 20:20 Uhr.

GF Koordination Bildung

Für die KBK referiert Kathrin **Agosti** (SP): *Das Geschäftsfeld Koordination Bildung schliesst ab mit einem Globalkredit von CHF 2,630 Mio und liegt damit CHF 198000 über dem Budget 2015. Das hängt vor allem damit zusammen, dass aufgrund von Personalengpässen in der Schulverwaltung Interimslösungen und Springer-Einsätze notwendig waren und der Schulpsychologische Dienst, der neu im GF Bildung und Kultur verortet ist, mit den Drittgemeinden noch keine kostendeckenden Leistungsvereinbarungen abgeschlossen hat.*

Investitionen waren in diesem GF keine eingestellt und wurden auch keine getätigt.

Ein paar der Punkte, die thematisiert wurden:

Bei der Musikschule wurde darauf hingewiesen, dass die Zusammenarbeit zwischen dieser und der Primarschulverwaltung gut funktioniert. Weiter war der prozentuale Rückgang der Schülerinnen, die

Gruppenunterricht besuchen, thematisiert worden, was offenbar mit sinkender Nachfrage aber auch mit der schwierigen Koordination dieses Unterrichts zusammenhängt.

Bei der Leistungsgruppe Schulverwaltung war insbesondere die kaum mehr zu bewältigende Belastung das Thema. Gründe sind Vakanzen, viele Altlasten und Personal, dem zum Teil die nötige Erfahrung fehlt.

Der Globalkredit für Familienunterstützung wurde nicht ganz ausgeschöpft. Hier gibt es auch einige Abgrenzungsfragen zu klären, was davon über die Sonderpädagogik oder die Sozialhilfe finanziert werden kann.

Bezüglich Projekt Tagesschule wurde darüber informiert, dass sich eine Steuergruppe mit der Frage befasst, wie es nach Ablauf der Pilotphase weiter gehen soll. Die Planung muss auch eng mit derjenigen für den Betrieb des Schulhauses Krämeracker koordiniert werden.

Zum Thema Aufnahme von Asylsuchenden wurde darüber informiert, dass ab Februar 2016 eine Aufnahmeklasse (2.-6. Kl.) eröffnet werden konnte im Schulhaus Pünt. Bei den KiGa-Kindern hat sich eine baldige Integration in die verschiedenen Schuleinheiten als sinnvoller erwiesen.

GF Sicherheit

Für die KÖS referiert Giuseppe **Biacchi** (SVP): *Die Kreditunterschreitung von CHF 277'000 resultiert im Wesentlichen daraus, dass die Abteilungsleitung nicht mehr zentral dem GF Sicherheit belastet, sondern anteilmässig auf drei Geschäftsfelder verteilt wird.*

Verschiedene Investitionen konnten im Jahr 2015 nicht umgesetzt werden und wurden ins Jahr 2016 verschoben. Namentlich ins Gewicht fallen die Beschaffung von Ersatzmaterial für den Zivilschutz sowie nicht verwendete Gelder für die Umsetzung der Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren. Weiter wurden im Jahr 2015 auf die bauliche Anpassung der Marktelektrifizierung in Nänikon verzichtet.

Die von der KÖS gestellten Fragen wurden sehr schnell und zur vollen Zufriedenheit beantwortet. Indikator/05 Neuanschaffung der Software, Ersatzbeschaffung für das bestehende „Kirmes“, ist aktuell noch gänzlich unklar.

Ein ursprünglich vorgesehener Lieferant kann aufgrund einer Risiko-Analyse nicht berücksichtigt werden. Momentan können darum noch keinerlei Angaben gemacht werden.

Wo sind die demontierten Parkuhren vom Buchholz? Neue Standorte: Theaterstrasse eine Uhr, Jelmoli PP eine Uhr, Schlüssel PP zwei Uhren.

Die Wirkungsprüfung wurde 2014 durchgeführt.

An dieser Stelle möchte ich mich nochmals für die gute Zusammenarbeit bei der Abteilung Sicherheit bedanken.

GF Publikumsdienste

Für die KÖS referiert Werner **Kessler** (BPU): *Die gestellten Fragen der Subkommission wurden von Jörg Ganster, Abteilungsleiter Sicherheit, kompetent und sachlich beantwortet.*

Einleitung Leistungsgruppe Zivilstandsamt: In Zusammenhang mit der Neuorganisation der Abteilung Sicherheit hat der Stadtrat primär zur Entlastung des neu bestellten Geschäftsfeldleiters für das Geschäftsfeld Publikumsdienste zusätzlich 20 Stellenprozente bewilligt.

Diese konnten erfolgreich besetzt werden, indem als Ersatz einer per 30. September 2015 ausgetretenen Mitarbeiterin der Einwohnerdienste, welche mit einem Pensum von 100% angestellt war, neu zwei Mitarbeitende mit einem Pensum von je 60% rekrutiert worden sind. Dank diesen zusätzlichen Stellenprozenten ist es nun möglich, dass der Leiter der Einwohnerdienste (und gleichzeitig Geschäftsfeldleiter) Aufgaben an seine Stellvertreterin delegieren und die damit frei gewordene Zeit für Belange des Geschäftsfeldes einsetzen kann.

Für die 20 Stellenprozente wurde ein Zivilstandsbeamter angestellt, der die notwendigen Kenntnisse der Rechtsentwicklung der letzten hundert Jahre besitzt und sich einzig der Rückerfassungskontrolle widmet, damit werden die anderen Zivilstandsbeamtinnen und -beamten von dieser Aufgabe entlastet und können so auch die Samstagstrauungen bewältigen.

Seite L 4 Friedhof: Zur Differenz des Kostendeckungsgrades bei den Indikatoren 03 Friedhof sind die Grabpflegetarife gemäss Vorgabe so zu gestalten, dass der eigentliche Grabunterhalt ohne Pflege der Anlage mindestens kostendeckend sein soll. Der Friedhof teilt deshalb die aufgewendeten Stunden den einzelnen Kostenstellen zu. Hauptgrund für den höheren Deckungsgrad dürfte die Erhöhung der Grabpflegetarife per 1. Januar 2015 gewesen sein. Der Kostendeckungsgrad schwankt allerdings auch wegen unvorsehbarer Faktoren wie Witterungseinflüssen oder Qualität der Pflanzenlieferungen.

Seite L 5: Bei der Kennzahl K 02 und der Differenz zu Trauungen und Partnerschaft scheint es, dass die Anzahl Trauungen und Partnerschaft tendenziell leicht abnimmt, während gleichzeitig die Geburtenzahl zunimmt.

Bei der Kennzahl K 06 und der Differenz zu den Transporten im Bestattungswesen widerspiegeln sich die stetig höheren Einwohner-zahlen.

Zum Friedhof K 09 und der Zahl der Einsätze zur Kontrolle von Feuerbrand, Gitterrost und Ambrosia im Stadtgebiet handelt es sich einerseits um die jährlichen Kontrollgänge nach kantonalen Vorgaben im Sinne der Grobkontrolle des ganzen Stadtgebietes, andererseits wurde rund zwanzig Mal auf Anfrage von Privaten ausgerückt.

Die KÖS hat dem Geschäftsfeld mit 9:0 Stimmen zugestimmt und empfiehlt dem Gemeinderat das Geschäftsfeld zur Annahme.

GF Recht und Vollstreckung

Für die KÖS referiert Marius **Weder** (SP): *Das vorliegend zu behandelnde Geschäftsfeld Recht und Vollstreckung gab weder in der Subkommission noch in der gesamten Kommission Anlass zu grossen Fragen oder Diskussionen. Betrachtet man die Zahlen, so fällt auf Seite M/1 auf den ersten Blick eine doch äusserst markante Abweichung von Minus CHF 47'000 auf Minus CHF 97'000 statt den budgetierten Minus CHF 50'000 auf. Hierzu ist allerdings zu erwähnen, dass dieses Minus im Aufwand effektiv ein Plus um diesen Betrag darstellt, die Stadt Uster hier also CHF 97'000 statt lediglich der budgetierten CHF 50'000 eingenommen hat. Und hier liegt denn auch der Grund: In der Leistungsgruppe Stadtmann- und Betreibungsamt sind höhere Gebühreneinnahmen angefallen, was nebst des nicht voll ausgeschöpften Stellenplans zu diesem Gewinn geführt hat. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass sich die fraglichen Gebühren aus der Gebührenverordnung zum Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG) ergeben und in einem gewissen Prozentsatz zu den seitens der Gläubiger in Betreibung gesetzten Forderungen stehen. Die Stadt hat also auf diesen durchaus erfreulichen Budget- bzw. Rechnungspunkt bei genauer Betrachtung gar keine direkte Einflussmöglichkeit.*

Anzumerken ist, dass nebst dem erwähnten nicht voll ausgeschöpften Stellenplan in der Leistungsgruppe Stadtmann- und Betreibungsamt in der Leistungsgruppe Stadtrichter eine Abweichung zu verzeichnen ist. Hier wurden 40 Stellenprozente entgegen des Budgets dieser Leistungsgruppe zugeschrieben statt dem Geschäftsfeld Sicherheit.

Abschliessend ist zu bemerken, dass der gewählte Friedensrichter seine Arbeit nach Erledigung sämtlicher gegen seine Wahl gerichteten Rechtsmittel noch in der Bemessungsperiode 2015 hat erfolgreich antreten können. Eine Wirkungsprüfung erscheint hier nach Ansicht der Kommission aber erst wieder im Rahmen der Rechnung 2017 sinnvoll.

GF Soziale Sicherheit

Für die Kommission Soziales und Gesundheit (KSG) referiert Daniel **Pellegrini** (FDP): *Die Subkommission der Kommission Gesundheit und Soziales traf sich für die Besprechung der Rechnung 2015 des Geschäftsfeldes Soziale Sicherheit, Kapitel N im Jahresbericht, mit Stadträtin Barbara Thalmann und dem Abteilungsleiter Soziales Armin Manser. Alle Fragen der Kommission wurden an dieser Sitzung beantwortet.*

LG Sozialversicherung: Die höheren Pflegeeinnahmen und höheren Hotellerie und Betreuungstaxen in den Heimen sowie die höheren Spitex-Taxen im GF Pflege führten dort zwar zu einem besseren Ergebnis als erwartet, hatten aber auch direkt einen negativen Einfluss auf das GF Soziale Sicher-

heit, da sich die Ergänzungsleistungen erhöht haben. Würde man die beiden Resultate der GF gegeneinander verrechnen, was natürlich nicht im Sinne des NPM wäre, so resultiert sogar ein besseres Ergebnis als budgetiert.

Aufgrund der geringeren Anzahl von IV-Bezügern konnte eine Budgetunterschreitung von TCHF 300 erreicht werden. Die Anzahl der Betagten, auf der anderen Seite, sind wesentlich stärker angestiegen als erwartet, was zu TCHF 800 höheren Kosten gegenüber dem Budget führten.

Die Gemeindezuschüsse, auch immer wieder ein Thema, aktuell auch bei der allgemeinen Leistungsüberprüfung, haben sich im gegenüber 2014 leicht erhöht. Die Abschaffung der Gemeindezuschüsse hätte mit zur Folge, dass es noch schwieriger wäre für ältere Personen, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Die Alternative wäre dann der Eintritt in ein Alters- oder Pflegeheim, wodurch die EL-Ausgaben ansteigen würden, da die Pflege zu Hause grundsätzlich günstiger ist für den Staat.

LG FEB: Im Jahre 2014 wurden 15 neue Plätze geschaffen, die zum Teil erst im Jahre 2015 belegt werden konnten. Dies führte zu einer Kostensteigerung, die mit den Elternbeiträgen nicht ausgeglichen werden konnten. Die Krippe Heusser-Staub-Wiese wird in Zukunft einige Auslastungsprobleme im Bereich der Säuglinge bis 18 Monate lösen.

LG Kindes- und Erwachsenenschutz: Die Überführungen der Kinder- und Erwachsenenschutzmassnahmen vom alten ins neue Recht wurden von der KESB im Verlaufe des Jahres 2015 fristgerecht abgeschlossen.

Die Wirkungsüberprüfung der LG FEB hat ergeben, dass evtl. ein neues zusätzliches Ziel bezüglich der Säuglinge unter 18 Monaten eingeführt werden sollte.

Mit einem Ergebnis von TCHF 13'661 wurde der Globalkredit um TCHF 354 oder 2.7 % gegenüber dem budgetierten Betrag überschritten.

Die Kommission empfiehlt den Jahresbericht 2015 für das Geschäftsfeld Soziale Sicherheit zur Annahme.

GF Gesundheit

Für die KSG referiert Silvio **Foiera** (EDU): Weder die LG Abfall und Umwelt noch die LG Lebensmittelkontrolle gab Anlass zur Beanstandung.

Der Globalkredit wurde mit CHF 502'000 ausgeschöpft, was 30 kCHF weniger als budgetiert sind.

In Zusammenhang mit der Sanierung mit der Sanierung der Werkliegenschaft Dammstrasse wird die heutige Hauptsammelstelle nur eine moderate Pinselsanierung erhalten (Antrag 68/2016).

Dies, da die Hauptsammelstelle zum einen nur für eine Bevölkerungszahl von rund 25'000 Einwohnern konzipiert wurde, zum anderen aufgrund des eigentlich doch erfreulichen Abfall-Sammel- und Trennungsbedürfnisses der Ustermer Bevölkerung. An der Stelle sei auch z. B. auf das angenommene Postulat 538/2015 zur Kunststofftrennung hingewiesen. Dies bedingt mittelfristig die Realisierung einer neuen Hauptsammelstelle, die deutlich mehr Platzressourcen zur Verfügung stellt.

Die KSG empfiehlt dem Gemeinderat Bericht und Rechnung 2015 des Geschäftsfeldes Gesundheit zur Abnahme.

GF Pflege, Betreuung und Alter

Für die KSG referiert Theo **Zwald** (SVP):

LG Heime Uster: 2015 wurde das elektronische Dokumentenerfassungssystem angeschafft und die Planung zur Realisierung vorbereitet. Eine Beispiel-Dokumentation wird im Herbst 2016 zur Verfügung gestellt.

LG Spitex Uster: Verschiedene Lösungen für eine effiziente Abwicklung der Tagesgeschäfte werden entwickelt. Ein neues Pflege-Team ist am Standort «Pflege-West» eingezogen. Mit der Ausbildungskooperation Gesundheitsmeile Wagerenhof/Spital/Heime Uster/Spitex Uster ist die Zusammenarbeit für Berufsbildende positiv etabliert.

LG Fachstelle Alter: Das Angebot der Fachstelle Alter wird regelmässig und zunehmend genutzt. Eine aktuelle Broschüre über das Angebot wurde erstellt. Die Fachstelle organisierte den Info-Tag «Älter werden in Uster» und zwei weitere Veranstaltungen mit dem Thema Demenz.

GF Finanzen, Seite P1/2, LG Heime: Höhere Pflegeeinnahmen von CHF 1.12 Mio. aufgrund kantonal angepasster Taxvorgaben. Mehreinnahmen auch dank höherem Restaurantumsatz. Verschiedene weitere Einsparungen im Betriebsaufwand.

LG Spitex: Die durch diverse Vakanzen entstandene Überzeit von CHF 420'000.- wird durch Bezug von Freizeit abgebaut. In bestimmten Situationen werden Teilbeträge ausbezahlt.

Beiträge an Heime Uster: Steigende Einnahmen aufgrund höherer Taxvorgaben des Kantons. Gleichzeitig ist der Pflegeaufwand gesunken.

Beiträge an externe Heime und externe Spitex: Die massive Kostensteigerung ist hauptsächlich auf die Erhöhung der Pflegenormkosten um 11 % von 2014 auf 2015 im stationären Bereich zurückzuführen. Im ambulanten Bereich ist die Kostensteigerung noch höher ausgefallen.

Globalkredit: Der Globalkredit für dieses Geschäftsfeld wurde mit CHF 8'486'000 ausgeschöpft, CHF551'000 weniger als budgetiert.

Das Geschäftsfeld Pflege, Betreuung und Alter wurde von der Kommission einstimmig angenommen und wird dem Gemeinderat zur Abnahme empfohlen.

GF Sport

Für die KBK referiert Barbara **Keel** (SVP): *Das Geschäftsfeld Sport schliesst das Jahr 2015 mit einem Aufwand von CHF 2.603 Mio. und somit CHF 33'000 oder 1.25 % unter dem Globalbudget 2015 ab.*

Die Budgetunterschreitung ist in der LG Bäder entstanden. Die Erträge aus den Eintrittsgebühren der Freibäder fielen aufgrund des schönen Sommers höher aus als budgetiert. Aufgrund der Schliessung des Hallenbades besuchten zudem viele Schulklassen das Dorfbad, was die Besucherzahlen stark erhöhte. Die Ausgaben wurden daher um CHF 116'000 unterschritten. In den übrigen Leistungsgruppen wurde das Budget leicht überschritten (LG Sport Fr. 23'000 / LG Sportanlagen und Sportförderung CHF 60'000.00). Die Abweichung von CHF 60'000.00 kommt daher, dass ein Warmwasserboiler ersetzt und der Kunstrasenteppich dringend repariert werden musste. Unter dem Strich ergibt dies eine Budgetunterschreitung für das Jahr 2015 von CHF 33'000.

Der Indikator I 05 (Durchschnittsertrag pro Gast im Strandbad) gegenüber I 08 (Durchschnittsertrag pro Gast im Dorfbad) ist um 2.78 höher, also fast doppelt so hoch. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Kiosk im Dorfbad vom GF Sport geführt wird und entsprechend Erträge generiert werden. Das Restaurant des Strandbades hingegen ist verpachtet.

Die temporäre Dreifachhalle (Antrag 25/2015) wurde am 15. Juni 2016 eröffnet, aufgrund der Stimmrechtsbeschwerde rund eineinhalb Monate später als geplant. Diese Verzögerung verursachte Mehrkosten von CHF 100'000.00, welche aufgrund von Mietzinsausfällen und baulichen Beschleunigungsmassnahmen entstanden.

Bei der Investitionsplanung ergab es eine Budgetunterschreitung von CHF 6.039 Mio. Diese doch massive Abweichung ist im Wesentlichen bedingt durch die Verzögerung des Baustarts der temporären Dreifachhalle Buchholz sowie durch früher als geplant ausbezahlte Subventionen des Bundes und den Kantons für das Hallenbadprojekt.

Das Geschäftsfeld Sport gab in der Sachkommission keinen Anlass für grössere Diskussionen und wurde einstimmig gutgeheissen.

5.4 Geschäftsbericht Sozialbehörde

GF Sozialhilfe

Für die KSG referiert Christoph **Daeniker** (SP):

Allgemeine Informationen: Für 2015 wurden im Geschäftsfeld Sozialhilfe CHF 9'324'000 budgetiert, davon wich die Rechnung um minus CHF 161'000 ab. Im Geschäftsfeld Sozialhilfe wurde ein Mehraufwand verzeichnet aufgrund der KKBB (Kleinkinderbetreuungsbeiträge).

LG Sozialberatung: Die LG Sozialberatung hingegen weist einen grossen Minderaufwand auf, dies wurde mit kleineren Ausgaben und Mehreinnahmen begründet. Gründe dafür seien weniger Auf-

wand bei den situationsbedingten Leistungen, mehr Ertrag bei den Heimplatzierungen (einmalig) und bei den Sozialversicherungsleistungen. Im 2015 hätten mehr Gesuchstellende Anspruch auf Sozialhilfe gehabt, weshalb sich diese Quote im Vergleich zum letzten Jahr erhöht hat. Die Quote I01 sei dennoch im zu erwartenden Rahmen. Der finanzielle Nettoaufwand fiel wie schon erwähnt deutlich tiefer aus als budgetiert. Unter anderem ist diese Abweichung auch darauf zurückzuführen, dass der Kanton Zürich zurzeit auf Grund eines Entscheides des kantonalen Verwaltungsgerichtes die Kosten für ausserkantonale Heimplatzierungen von Kindern und Jugendlichen zu einem grossen Teil trägt.

LG Asyl und Flüchtlingskoordination: In der LG Asyl- und Flüchtlingskoordination wurde ein grösserer Aufwand verbucht aufgrund von Mehraufwand und ausstehenden Vergütungen für Vorläufig aufgenommene Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge des Kantons. Bis Ende 2015 musste Uster Asylsuchende im Umfang von 0.5 % der Wohnbevölkerung aufnehmen. Von den insgesamt 165 Personen waren 90 in der NUK untergebracht, wo sie von der Firma ORS betreut werden. Neu liegt die Quote seit 1. Januar 2016 bei 0.7 %, da Uster 67 zusätzliche Asylsuchende aufzunehmen hatte. Die Anzahl zu unterstützenden Personen in der LG Asyl- und Flüchtlingskoordination hat sich gegenüber 2014 um einen Drittel verringert, aufgrund eigener Einnahmen oder Wegzugs der Betroffenen. Angesichts der Flüchtlingskrise ist im Jahr 2016 eine erfreuliche Zunahme von Freiwilligenarbeit zu verspüren. Wenn feststeht, dass die Asylsuchenden in der Schweiz bleiben dürfen, werden bestehende kantonale und regionale Angebote die von Freiwilligen erteilten Deutschkurse ablösen.

Wir beantragen den Jahresbericht 2015 für das Geschäftsfeld Sozialhilfe gutzuheissen.

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Ivo **Koller** (BDP): Im Februar 2004 bewilligte der Gemeinderat jährlich maximal CHF 60'000 für die Fachstelle für Alkoholfragen oder die Fachstelle Sucht, wie sie heute heisst. Seit 2008 wird dieser Betrag deutlich überschritten, aktuell kostet die Stadt das Angebot im Jahr 2015 CHF 112'000, also praktisch doppelt so viel wie damals bewilligt. Unsere Fraktion erachtet solche Beschlüsse als bindend und ein stetes Überschreiten nicht primär aus finanzpolitischen jedoch viel mehr aus rechtstaatlichen Überlegungen als bedenklich. Es kann und darf nicht sein, dass ein Entscheid des Gemeinderates seit 8 Jahren wissentlich übergangen wird, möge er noch so alt sein.

Wir wünschen uns zum einen einen baldigen Antrag zu Händen des Gemeinderates, damit dieser Missstand korrigiert wird, und zum zweiten wünschen wir uns ganz allgemein eine verbesserte Transparenz in den NPM-Berichten, was solch wiederkehrende Kosten angeht.

5.5 Geschäftsbericht Primarschulpflege

GF Primarschule

Für die KBK referiert Kathrin **Agosti** (SP): Das GF Primarschule schliesst mit CHF 36,339 Mio. ab und unterschreitet damit den Globalkredit um CHF 724'000. Diese Unterschreitung hängt mit den unterschiedlichsten Abweichungen in den einzelnen Leistungsgruppen zusammen. Teilweise komme ich nachfolgend noch darauf zu sprechen. Investitionen wurden 2015 CHF 6,916 Mio. und damit CHF 1,6 Mio. mehr als budgetiert getätigt. Auch hier die wichtigsten Punkte:

Regelunterricht: Die Unterschreitung des Globalkredits in der LG Regelunterricht hängt mit der Kantonalisierung der Lehrerbesoldung zusammen und damit, dass die Erhöhung des Globalkredits für den Aufbauunterricht DaZ fälschlicherweise in dieser Leistungsgruppe statt in der Sonderpädagogik vorgenommen wurde. Diskutiert wurde darüber, dass der Indikator I03 in dieser Leistungsgruppe, wie viele Lehrpersonen eine Klasse im Durchschnitt hat, nicht genau das zeigt, was der Gemeinderat gewünscht hat. Der jetzige Indikator wird berechnet als durchschnittliche Anzahl Lehrpersonen pro Klassen über ganz Uster. Dies ist eigentlich nicht der gewünschte Indikator, weil ja Lehrpersonen an mehreren Klassen unterrichten. Die Primarschulverwaltung hat aber bereits aufgezeigt, wie er angepasst werden könnte.

Tagesstrukturen/Zusatzangebote: Die Unterschreitung des Globalkredits bei den Tagesstrukturen/Zusatzangebote hat damit zu tun, dass noch die frühere Elterntarife budgetiert wurden, aber

auch damit, dass trotz Kinderzunahme Personalschlüssel und Kinderzuteilung haben optimiert werden können.

Sonderpädagogik: In dieser Leistungsgruppe wurde der Globalkredit um CHF 391000 überschritten. Dies hängt unter anderem eben mit Budgetierung vom Globalkredit für DaZ in der falschen Leistungsgruppe zusammen. Ein Thema war die Abweichung der Anzahl Stellen vom Budget in dieser Leistungsgruppe (die Stellen haben sich rund verdoppelt). Die Gemeinde hat hier wenige Einflussmöglichkeiten, das wird durch den Kanton über die Vollzeiteinheiten gesteuert. Zu einem grossen Teil handelt es sich aber um eine Verlagerung von Stellen, die früher beim Regelunterricht budgetiert waren. Zum Anstieg der Quote der Schüler mit integrativer Sonderschulung (I 01, LS Sonderpädagogik) ist gesagt worden, dass dessen Schwankungen einerseits mit vielen Unwägbarkeiten, je nach Kinder, verbunden ist. Allerdings müsse auch festgestellt werden, dass die Schule in Uster über eine sehr hohe Integrationsfähigkeit verfüge und diese laufend verbessert werde.

Damit hänge gleichzeitig auch zusammen, dass die Belegung der HPSU in den letzten Jahren gesunken sei. Das sei das Gegenstück dazu. Längerfristig werde aber wieder mit einer leichten Zunahme der Schülerzahlen gerechnet, vor allem auf Sekundarschulstufe, weil dort ein Anschlussprogramm Bereich Berufsfindung angeboten wird.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 31:0 Stimmen:

- 1. Die Einleitung zum NPM-Jahresbericht 2015 sowie die NPM-Berichte der einzelnen Geschäftsfelder werden genehmigt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

6 Antrag 60/2016 des Stadtrates: Jahresrechnung 2015

Das Geschäft wird gemeinsam mit TOP 5, Antrag 54/2016, behandelt.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 31:0 Stimmen:

- 1. Die Jahresrechnung 2015 der Stadt Uster wird genehmigt.**
- 2. Die Laufende Rechnung schliesst mit einem Aufwand von CHF 234'371'094.23 und Ertrag von CHF 227'182'366.80 und einem Aufwandüberschuss von CHF 7'188'727.43 ab.**
- 3. Die Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen zeigt bei Ausgaben von CHF 32'598'493.26 und Einnahmen von CHF 9'903'677.97 Netto-Investitionen von CHF 22'694'815.29.**
- 4. Die Investitionsrechnung Finanzvermögen weist bei Ausgaben von CHF 1'399'371.60 und Einnahmen von CHF 182'350.00 eine Nettoveränderung von CHF 1'217'021.60 aus.**
- 5. Die Bilanz weist Aktiven und Passiven von CHF 266'271'291.75 aus. Das Eigenkapital sinkt um den Aufwandüberschuss von CHF 7'188'727.43 auf CHF 128'955'465.81.**
- 6. Mitteilung an den Stadtrat und den Bezirksrat.**

7 Kenntnisnahmen

Der Stadtrat hat folgende Anfragen beantwortet:

562/2016

Anfrage von Richard Sägesser (FDP) vom 8. Februar 2016:

Trägerschaft der Spezialschulen der SSU

(Stadtratsbeschluss vom 31. Mai 2016: Mitbericht zur Antwort der Sekundarschulpflege Uster vom 24. Mai 2016, vergleiche Seite 621)

565/2016

Anfrage von Kathrin Agosti (SP) vom 6. März 2016:

Konzept bei der Vergabe von Kunstprojekten im öffentlichen Raum

(Stadtratsbeschluss vom 14. Juni 2016)

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 5. September 2016 statt.

Für das Protokoll

Der Parlamentssekretär
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

11.7.2016

Der Präsident
Hans Keel

12.7.2016

Die Stimmenzählerinnen und der Stimmenzähler
Ursula Räuftlin

Meret Schneider i. V.

Theo Zwald